

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichs-Post-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Schörm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rößlerstr. 18a part.  
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgehaltene Kolonnenzeile:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.  
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **386300** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

### Wirtschaftliche Rundschau.

In den Börsen hat sich eine formgerechte Hausse entwickelt, die Spekulation hat in den Overtagen die Auserhebung gefordert. Mit der Beilegung des österreichisch-serbischen Konflikts wich die Unsicherheit und die Angst, die jede Betätigung der Spekulation gehemmt hatten. Auf dem internationalen Geldmarkt machte sich weiter eine zunehmende Besserung geltend, die den stärksten Anreiz zu der Aufwärtsbewegung der Kurse gab. Die industrielle Lage aber hat mit dem Frühjahrsbeginn keine wesentliche Besserung erfahren; zeigte sich auf einzelnen Gebieten auch eine leichte Belebung, so hat sich doch das wirtschaftliche Gesamtbild kaum verändert. Die Stimmung ist allerdings zuverlässiger geworden, man hegt die Erwartung, daß in der zweiten Hälfte des Jahres der lang erwartete Umschwung sich schneller vollziehen wird. Auch diese Hoffnungen könnten noch unerfüllt bleiben, aber sie scheinen einer ausreichenden Berechtigung nicht zu entbehren.

Die Kohleproduktion Deutschlands hat im Monat März gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres eine Steigerung erfahren, eine Erleichterung, die seit dem Dezember 1907 nicht mehr zu verzeichnen war. Mit dem Schlußmonat des Jahres 1907 hatte die Abnahme der Kohleerzeugung begonnen. Sie betrug:

	1907	1908	1909
	Tonnen	Tonnen	Tonnen
im Januar . . .	1062152	1061929	1021721
Februar . . .	978191	994186	949667
März . . .	1099257	1046998	1078116

Den stärksten Anteil an dieser Erhöhung hat die Produktion von Thomas-Kohle. Als Beweis einer schon vollzogenen Besserung können diese Zahlen jedoch nicht dienen, die Lage des Kohlemarktes ist durchaus unerfreulich, in jüngster Zeit sind sogar Preisermäßigungen erfolgt. Das Geschäft ist schwach, die Hochpreisklagen, daß die Spezifikationen so mühsam einlaufen, daß sie zur Höhe der abgeschlossenen Menge in gar keinem Verhältnis stehen. Die Verbraucher haben Abhilfe gemacht, die weit über ihren eingeschränkten Bedarf hinausgingen. Auch der deutsche Stahlwerksverband hat im März ein besseres Verbandsergebnis zu verzeichnen, doch hat der Verband selbst erklären lassen, daß die Steigerung des Verbandes nicht auf eine Steigerung des tatsächlichen Bedarfs zurückzuführen ist, sondern lediglich darauf, daß die Verbandswerke bemüht waren, noch möglichst umfangreiche Mengen innerhalb des am 31. März abgeschlossenen Geschäftsjahres des Stahlwerksverbandes in Verrechnung zu bringen.

Unsere Annahme, daß die Vorgänge auf den amerikanischen Eisenmärkten nicht als eine Verschärfung der Krise zu betrachten sind, wurde durch die Tatsachen bestätigt. Der Konkurrenzkampf, der durch die Politik des Trusts wahrscheinlich nicht wider seinen Willen ausbrach, hat die Preise zwar verschiedentlich gesenkt, aber die düsteren Prognoseurteile über erneute schwere Zerrüttungen der amerikanischen Wirtschaftsverhältnisse haben sich nicht bewahrheitet. Richtig ist die Situation in den Vereinigten Staaten ganz gewiß nicht, als Zeichen dafür kann auch gelten, daß die Arbeiterchaft in den Betrieben des Stahltrusts eine Lohnreduktion von 10 bis 15 Prozent ohne Gegenwehr hingenommen hat, aber der Tiefstand der Konjunktur dürfte auch drüber erreicht, wenn nicht überschritten sein.

In der deutschen Elektrizitätsindustrie hatten gewaltige Kräfte ihrer Entfaltung. Unaufhörlich setzen die großen Elektrizitätsgesellschaften ihre Kapitalerhebungen fort, um die Vorbereitungen für die Durchführung großer Projekte zu sichern. Die außerhalb des Elektrizitätswesens stehenden Bergmann- und Elektrizitätswerke in Berlin, die sich gegenüber der Macht der Kartellgesellschaften nicht nur erfolgreich behaupten, sondern kräftig weiter entwickeln konnten, lassen sich jetzt von der Generalversammlung ermächtigen, wieder neue Mittel zu beschaffen. Die Bestrebungen der maßgebenden Elektrizitätsfirmen, so erklärt die Verwaltung der Gesellschaft, sind mehr und mehr darauf gerichtet, den Bau großer Anlagen sowie die Elektrifizierung von Bahnstrecken dadurch zu erleichtern oder zu ermöglichen, daß sie mit Hilfe neugegründeter Elektrobanken den notwendigen Kapitalbedarf beschaffen. Um diesen Bestrebungen gegenüber nicht im Rückstand zu bleiben und um sich zur etwaigen Übernahme von Lieferungsausträgen für derartige große Unternehmungen kapitalkräftig zu halten, stellen die Bergmann-Werke an die Generalversammlung den Antrag, die Verwaltung zur Ausgabe von Obligationen bis zu 10 Millionen Mark zu ermächtigen. Die Begebung soll nur im Bedarfsfalle erfolgen und besonders nur dann, wenn dadurch eine Erhöhung des Umsatzes durch lohnende Geschäfte herbeigeführt werden kann. Die Bergmann-Elektrizitätswerke waren an den erwähnten Kapitalerhebungen schon recht beträchtlich beteiligt, sie erhöhten im Jahre 1907 ihr Kapital um 4 Millionen Mark, im Jahre 1908 ist bereits wieder eine Erhöhung um 7 Millionen Mark erfolgt, so daß das Aktienkapital jetzt 21 Millionen Mark beträgt. Der Abschluß der Gesellschaft für das Jahr 1908 ergibt einen Bruttogewinn von 4,483 Millionen Mark gegen 4,112 Millionen im Jahre 1907, die Abschreibungen betragen 1,315,978 M. gegen 1,352,438 M. im Vorjahr, die Dividende beträgt wieder 18 Prozent. An dem Gewinn für 1908 nimmt ein Aktienkapital von 14 Millionen Mark in voller Höhe teil, während im Jahre 1907 nur 10 Millionen ganz und 1 Millionen zur Hälfte an der Dividende partizipierten. Ueber die

Geschäftslage berichtet der Vorstand, daß sich die Umsätze besonders in der Metallfabrikantenfabrik und im Metallwerk Rosenthal erhöht haben, während in den übrigen Abteilungen sich die Umsätze in nahezu dem gleichen Verhältnis wie im Vorjahr bewegen. Der Beschäftigungsgrad sei in allen Abteilungen normal und berechtige zu der Hoffnung, daß auch in dem neuen Geschäftsjahre mit einem recht erfreulichen Ergebnis gerechnet werden kann.

Im Anschluß an mannigfache Gründungen ist das Werkstück entstanden, das auch die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft wieder in irgend welcher Gestalt Kapitalserhöhungen plane. — Die Felten & Guillaume-Lahmeyer-Werke berichteten kürzlich, daß die von der preussischen Staatsbahnverwaltung eingeführten elektrischen Triebwagen sich gut bewährt hätten und in nächster Zeit nicht unerheblich vermehrt werden sollten. Zu den bereits früher von der Verwaltung bestellten und teilweise bereits im Verkehr befindlichen 52 Triebwagen werden den Felten & Guillaume-Lahmeyer-Werken 10 weitere Wagen in Auftrag gegeben werden.

Gegenüber den Klagen der Maschinenfabrikanten, daß die Kartellierung in der Maschinenbauindustrie sich zu langsam entwickle, haben wir in der letzten Rundschau darauf hingewiesen, daß gerade in der Maschinenbauindustrie die Betriebskonzentration und die förmliche Trustbildung schnell voranschreite. Jetzt erfolgte die vollständige Fusion der bisher zu einer Interessengemeinschaft verbundenen Gesellschaften: Bentrather Maschinenfabrik, Märkische Maschinenbauanstalt Ludwig Studenholz in Wetter und Duisburger Maschinenfabrik Akt.-Ges. vorm. Borchm. & Keetmann. Der bisherige Direktor der Bentrather Fabrik, bei der sich im verflochtenen Geschäftsjahr Verluste von 700 000 M. ergeben haben, für die eine ausreichende Erklärung noch nicht veröffentlicht ist, tritt von seinem Posten zurück, die Leitung der drei Firmen ist den Herren Keuter, bisher Vorstand der Märkischen Maschinenbauanstalt, und Kauermann, bisher Vorstand der Duisburger Maschinenfabrik, übertragen worden. Beide sind zu Vorstandsmitgliedern der Bentrather Fabrik bestellt worden, gleichzeitig tritt Keuter in den Vorstand der Duisburger Fabrik und Kauermann in den Vorstand der Märkischen Maschinenbauanstalt ein. Diese drei Betriebe fertigen zusammen mehr als die Hälfte der in Deutschland hergestellten Krane. Ihre Vereinigung erfolgte unter Führung der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft, zu deren Konzernen die Bentrather Maschinenfabrik seit langem gehört. Die Berlin-Anhaltische Gesellschaft ist wiederum mit der Stettiner Chamottefabrik Dübner verbunden. Diese beiden Gesellschaften nehmen jetzt Kapitalserhöhungen von zusammen 6,50 Millionen Mark vor. Die Kapitalserhöhung dient zu dem Erwerb der russischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft Akt.-Ges. vorm. Borchm. & Keetmann, ferner zum Kauf einer italienischen Maschinenfabrik und zur Übernahme einer Maschinenfabrik in Holland. Die angestrebte Bildung des Trusts wird also mit einer außerordentlichen Geschwindigkeit durchgeführt.

Die Gründung einer neuen Maschinenfabrik hat größeres Aufsehen erregt, als derartige Projekte es sonst zu tun pflegen. Die Gründung geht nämlich von dem Bund der Landwirte aus; die Aktionäre der neuen Gesellschaft, deren Grundkapital 4 Millionen Mark beträgt, werden gleichfalls ausschließlich Mitglieder des Bundes der Landwirte sein. Das Unternehmen ist als eine Spezialfabrik von Nähmaschinen gedacht und wird Deutsche Nähmaschinenfabrik Akt.-Ges. firmieren. Die landwirtschaftlichen Maschinen, die Deutschland vom Ausland bezieht, sind überwiegend Nähmaschinen. Die agrarische Maschinenfabrik will die Herstellung von Bindemähmaschinen, Selbstablegern, Grasmähern, Lagergetreide-Hebevorrichtungen und Getreideförderern betreiben. Die Gesellschaft hat mehrere Patente erworben, die Vorarbeiten für die Fabrik wurden durch die landwirtschaftliche Handels-Gesellschaft m. b. H. geleistet, die bereits bei der Ernte 1908 155 Bindemähmaschinen mit Lagerhebevorrichtungen montierte, die in den verschiedensten Gegenden Deutschlands erprobt wurden. Die Gründung der Maschinenfabrik des Bundes der Landwirte ist auch dadurch gut vorbereitet, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften seit Jahren auch einen bedeutenden Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten betreiben haben, so daß die neue Gesellschaft über eine vorzügliche Absatzorganisation verfügen wird. Zu Gegenstand der umfangreichen genossenschaftlichen Betätigung und dem Gründungseifer der Agrarier steht ihr. Das gegen die genossenschaftliche Betätigung der Arbeiterchaft. Sind es doch die Agrarier, die jede Hemmung und Befragung der genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterchaft gefördert oder gar veranlaßt haben, während sie selbst ihre Genossenschaften nach Kräften ausbreiten und sich dabei der direkten und indirekten Unterstützung des Staates erfreuen.

Zu den Aktiengesellschaften, die selbst in der Krise Rekordabschlüsse zu erzielen vermochten, gehört in erster Reihe die Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahnwagenbau- und Maschinenbauanstalt. Trotz des sich allgemein bemerkbar machenden Niederganges, so bemerkt die Verwaltung der Gesellschaft, hat sich der Betriebsgewinn im Jahre 1908 nahezu verdoppelt, er ist von 2191215 M. auf 4191071 M. gestiegen. Mehr als 3 Millionen werden für Abschreibungen und Rückstellungen verwendet, und zwar für Abschreibungen auf Gebäude und Immobilien 596494 M. (im Vorjahr 319423 M.), auf Maschinen 1404831 M. (im Vorjahr 654840 M.), zur Reservebestellung für den Neubau der Waggonfabrik 1 Million Mark (im Vorjahr —), für den Reservefonds für Unterhaltungen 167436 M. (im Vorjahr 180 M.). Aus dem verbleibenden Reingehalt von 1022309 M. (im Vorjahr 937130 M.) werden 22 Prozent Dividende gegen 20 Prozent im Vor-

jahr zur Verteilung gelangen. Der Geschäftsbericht bemerkt weiter, daß das Arbeitsquantum, das für das laufende Geschäftsjahr berechnet, nicht von dem außerordentlichen Umfang ist, mit dem die Gesellschaft in das Geschäftsjahr 1908 eingetreten ist. Nichtsdestoweniger hofft sie, daß auch im laufenden Jahre die Betriebe ausreichend Beschäftigung finden werden. Die Abteilung für allgemeinen Maschinenbau ist besonders hoch ausgestellt worden, daß sie die fertigen und halbfertigen Fabrikate liefert, deren der Waggon- und Lokomotivbau bedarf, die früher aus dritter Hand bezogen werden mußten. Der Wert der Erzeugnisse an Eisenbahnwagen, Lokomotiven, Maschinen und sonstigen Gegenständen hat wieder eine beträchtliche Steigerung erfahren, er belief sich auf die Summe von 26,48 Millionen Mark gegen 22,9 Millionen Mark im Jahre 1907. — Auch die meisten anderen Waggonfabriken Deutschlands haben im Jahre 1908 vorzügliche finanzielle Ergebnisse erzielt, die Waggonfabrik Gebrüder Hofmann & Co., Akt.-Ges. in Breslau, zum Beispiel kann wieder 35 Prozent Dividende zahlen. Die Börse nahm die Bekanntgabe solcher Abschlußzahlen zum Anlaß einer besonders starken Kurssteigerung für Aktien von Waggonbaugesellschaften, die aber abebbte, als die Mitteilung der Verwaltung der Waggonfabrik Aktiengesellschaft vorm. P. Gerbrandt & Co. in Böln-Ehrenfeld bekannt wurde, daß der Gewinn der Gesellschaft im ersten Semester ihres laufenden Geschäftsjahres wesentlich geringer sei als in derselben Zeit des Vorjahres und auch der Umfang der vorliegenden Aufträge erheblich hinter dem Vorjahr zurückbliebe.

### Die neue Reichsversicherungsordnung.

I.  
Die deutsche Sozialgesetzgebung trägt die Merkmale des Stufenwerks nur zu deutlich an der Stirn. Die Arbeiterversicherung ist bisher durch folgende Reichsgesetze geregelt:

1. das Krankenversicherungsgesetz,
2. das Gesetz betr. die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 1886 (Abt. 13),
3. das Gesetz betr. die Wanderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 (Hauptgesetz),
4. das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz,
5. das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft,
6. das Bau-Unfallversicherungsgesetz,
7. das See-Unfallversicherungsgesetz,
8. das Invalidenversicherungsgesetz.

Der Kreis der versicherungspflichtigen Personen ist in jedem der drei Versicherungszweige ein anderer. Ebenso sind die Grundlagen und der Aufbau der Gesetze dieser Zweige verschieden. Es fehlt also an Einheitlichkeit in jeder Beziehung. Die Forderung, hier eine grundlegende Ordnung zu schaffen, ist schon seit Jahren erhoben, daß sie berechtigt ist, wurde auch kaum jemals bestritten. Aus Worten des früheren Staatssekretärs, des Grafen v. Posadowsky, konnte man auch entnehmen, daß die Regierung einer Zusammenlegung der drei Versicherungszweige nicht abgeneigt sei und die Vorarbeiten dazu betriebe. Bei der Staatsberatung 1907 veranlaßte sich jedoch Graf v. Posadowsky dagegen, Anlaß zu einer derartigen Annahme gegeben zu haben; er habe nur von einer Zusammenlegung der Gesetzesmaterie gesprochen. Eine Zusammenlegung der in Betracht kommenden Gesetze ist dem auch im wesentlichen die Reichsversicherungsordnung, die der Nachfolger des Grafen v. Posadowsky, der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg, am 2. April dem Bundesrate zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt hat. Diefem sozialen Gesetzbuch steht die Rücksicht auf das Unternehmensrecht in so deutlicher Weise an der Stirn geschrieben, daß man geradezu meinen möchte, die Regierung habe sich lediglich bemüht, die Forderungen der Unternehmer zur gesetzlichen Richtschnur zu machen. Daß dabei die Rechte der Versicherten in erheblicher Weise beschränkt und beschnitten werden, kann bei der ganz offenkundigen Tendenz der neuen Versicherungsordnung — den Unternehmern willfährig zu sein — nicht weiter verwundern. Was an Erweiterung der Versicherung durch die neue Vorlage geboten wird, ist so minimaler Natur, daß auch hier die Regierung nicht über den Rahmen dessen hinausgeht, was die Unternehmer zugestanden haben. Bevor wir im Rahmen einer kurzen Besprechung das, was die neue Versicherungsordnung will und beabsichtigt, darlegen, sei kurz angeführt, was uns zu der Behauptung Anlaß gibt, die neue Versicherungsordnung sei von der Rücksicht auf die Unternehmer getragen.

Am 28. Oktober 1907 tagte in Berlin eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller, also der Vereinigung der rückwärtslosten Scharmacher. Als Gäste waren außer anderen auch der Staatssekretär des Innern, v. Bethmann-Hollweg, und der Präsident des Reichsversicherungsamtes, v. Kaufmann, anwesend. Es wurden zahlreiche Resolutionen gefaßt, auch solche, in denen zur Sozialgesetzgebung Stellung genommen wurde. In einer die Krankenversicherung betreffenden wurde gesagt, daß die angeblichen Mängel in der Verwaltung der Ortskrankenkassen mit erster Aufmerksamkeit verfolgt seien. Der Grund dieser Mängel sei in der Verteilung des Stimmenverhältnisses zwischen den Arbeitern und Unternehmern zu suchen. Der Zentralverband erklärte sich namens des von ihm vertretenen größten und bedeutendsten Teiles der deutschen Industrie bereit, die Hälfte der Gesamteinträge zu den Krankenkassen, anstatt des bisherigen Drittels, zu übernehmen, sofern die Regierung der Industrie die Sicherheit geben wolle, daß in dem Gesetzbuch über die Reform der Krankenkassen 1. der Fortbestand der Betriebskrankenkassen wesentlich in demselben Umfang wie in der Gegenwart unter Aufrechterhaltung der Vorschriften des § 64 des Krankenversicherungsgesetzes (durch die dem Betriebsinhaber der



geplant werden. Wenn aber die Leute auf dem Markte stehen einen Weg mehr lernen als vorher, dann ist das doch ein Gewinn, daß sie früher ihre Arbeitskraft nicht vollausgenutzt haben! — Also Jüngling! Und das sagt ein sogenannter christlicher „Arbeitervertreter“, der selbst in ungeschickter Weise der Zentrumsabgeordnete Druck, der früher selbst Bergarbeiter war und bei Bergarbeitern auf eigenen Beinen verfaßt und kennen gelernt hat. Hat man oder gar nicht, daß gegen diesen christlichen Arbeitervertreter sich in der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung auch nur eine Stimme erheben, daß der Mann zur Scham zurückgerufen werden möge? Keine Spur davon, die unentschiedenen christlichen Arbeiter sind damit zufrieden. Ihre demagogischen Führer oder Lenker die Aufmerksamkeit der christlichen Arbeiter auf die angeblich „sozialdemokratischen Verräter“, um sie gegen die Sozialdemokratie aufzureizen und sich das christlich-proletarische Stimmvieh zu sichern.

Den Arbeitervertreter im Großen treibt seit Monaten die Zentrumspartei im Reichstag auf dem Gebiet der *F i n a n z r e f o r m*. In voller Harmonie mit den agrarischen Steuerbeiträgern und Staatspflanzern will sie das Zustandekommen der Nachlaß- oder die Verschärfung der Gewerbesteuer verhindern, um so die goldenen Interessen der in ihren eigenen Reihen befindlichen zahlreichen Junker erfolgreich zu vertreten. Gemeinschaftlich mit dem Bund der Landwirte und den junkerlichen Konserwativen, Arm in Arm mit Deutscher Tageszeitung, Kreuzzeitung, Post und anderen Organen der Volkspflanzerei, kämpfen Zentrum und Zentrumspreste für Entlastung, für Steuerfreiheit der Reichen und für weitere Vermehrung der indirekten Steuern, die die große Masse des Volkes aufbringen muß. Und gemeinsam mit den Junkern und Agrariern will das Zentrum die Schnapssteuergabe nicht nur weiter bis 1912 sichern, sondern außerdem auch noch um 10 Millionen auf 50 Millionen Mark jährlich erhöhen. Also inmitten der Reichsfinanzkrise, inmitten der großen allgemeinen Volksnot infolge der herrschenden Wirtschaftskrise ein neuer millionenfacher Beutezug auf die Reichskasse, neue Millionenengpässe auf Kosten der Volksmassen an die Großen und Großen im Lande. Das ist vollendeter Volksverrat!

Demgegenüber äußern allerdings einige Christliche ihre Unzufriedenheit und erinnern zum Teil daran, daß verschiedene Zentrumsabgeordnete feinerzelt ausdrücklich sich gegen die Schnapssteuergabe erklärten, nun aber wortbrüchig für dieselbe eintreten. Na, den christlichen Schwestern gegenüber glauben sich die abgebrühten Zentrumsdemagogen alles erlauben zu können. Es hat eben nicht nur das Volk die Regierung, die es verbietet, die Wähler haben auch die „Volksvertreter“, die ihnen gebühren.

Wir möchten daran erinnern, daß es Zentrumsleute gibt, die die indirekten Steuern als verwerflich bekämpfen, während die Zentrumspartei stets indirekte Steuern bewilligt hat und aus 400 Millionen und noch mehr zu bewilligen im Begriff ist. So sagt der katholische Jesuit Meyer in seiner Schrift: „Die Arbeiterfrage und die christlichen ethischen Sozialprinzipien“ u. a.: „Als Bedingung einer gerechten Steuerverteilung hat die Theorie von jeher den Grundsatz aufgestellt, daß dieselbe nach dem tatsächlichen proportionalen Verhältnis größerer oder geringerer Steuerfähigkeit der einzelnen vorzunehmen sei. Eine durchgreifende praktische Ausföhrung dieses einen Grundsatzes müßte, wie uns scheint, bei richtiger Lagerung der Verhältnisse, eine recht fühlbare Erleichterung nicht nur der Schwachen, sondern auch des Mittelstandes bedeuten. — Die Steuer hat nicht bloß eine finanzielle Seite, sie ist ihrer Natur nach ein Opfer, das von den einzelnen für die Bedürfnisse der Gesamtheit gefordert, eine Last, die ihnen auferlegt wird. Nun ist aber dieses Opfer, mag es auch finanziell nur gering sein, in jenen breiten Kreisen der Bevölkerung, deren bürgerliche Existenz mehr oder weniger einem fortwährenden Kampf ums Dasein verfallen, offenbar viel größer, die Last viel drückender, als bei einer beträchtlichen Steuersumme in jenen Höhen, wo der Ueberfluß an mäßelosen Einkünften beginnt. Es ist überhaupt der Steuerlast eigen, daß sie nach unten, je mehr sie sich der Grenze des notwendigen Lebensbedarfes nähert, stetig schwerer, nach oben hingegen ohne bestimmte Grenze, stetig leichter wird.“

Und der Jesuit Rächler redet in seiner Schrift: „Die Ziele der Sozialdemokratie“ von den Mißbräuchen der indirekten Steuern: „Was an Staatslasten auf die Plütker entfällt, ist eine Bagatelle, verglichen mit den Lasten, welche die Armen und Halbarmen zu tragen hatten. . . . So aber wird infolge unserer modernen Volkswirtschaft im Gewerbe, in der Besteuerung, in den Abgaben und absoluten Freiheit des wuchernden Kapitals nicht nur die ökonomische Kluft zwischen reich und arm täglich größer und das Proletariat zahlreicher, sondern die Forderungen des radikalen Sozialismus gewinnen den Anschein der Gerechtigkeit, indem die „Expropriation der Expropriateurs“ als Akt der notwendigen Rückzahlung auftritt.“

Das Zentrum hat diese Steuertheorie nie abgelehnt, aber eben nur Theorie sein lassen. In der Praxis hat es die Theorie hundertmal verraten und totgeschlagen und wird sie noch weiter verraten.

Ähnlich ist die Charakterisierung des falschen und heuchlerischen und volkverräterischen Zentrums durch die nationalliberale Köln. Zeitung, indem sie schreibt: „Die Viebesgaben, die gerade dem Zentrum der Landwirte zahlreich vertretene Großgrundbesitzer des Ostens zustießen, sind bereit hoch bemessen, daß diese damit nicht nur ihre förmlichen Staats- und Gemeindefeuern decken, sondern noch einen Ueberfluß erhalten. Und diese tatsächlich *z e u e r f r e i e n* Agrarier wollen nicht einmal von ihren großen Besitztümern für den Staat einen „Pflichtteil“ opfern! Wo bleibt nun die vielgerühmte „Sozialpolitik des Zentrums“, das ein derartiges Verhalten der Konserwativen ein lebhaftes unterstützt? Wenn irgendwo die Sozialpolitik einzusetzen hat, so auf dem Gebiet der Verteilung der öffentlichen Lasten: Oberster Grundsatz einer gesunden Sozialpolitik muß es sein, die Lasten Schwächeren lasten, die Schwachen leicht zu belasten. Wenn nun irgend eine Steuer diesem sozialpolitischen Ideal entspricht, so ist es die Nachlaßsteuer: derjenige, dem ein Nachlaß zufällt, ist stets ein „Lachender Erbe“. Wenn er von dem ihm ohne Mühe und Arbeit zugefallenen Vermögen ein kleines Scherlein dem Staate entrichtet, so ist dies nur eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit; und gerade die Nachlaßsteuer eignet sich kraft der Leichtigkeit, mit der sie der Höhe des Nachlaßes entsprechend abgestuft werden kann, wie keine andere dazu, das sozialpolitische Ideal zu verwirklichen.“

Eine größere und eine nachhaltigere Verschleierung der Tatsachen, als sie durch die konserwativen und die Zentrumspreste getrieben wird, kann nicht gedacht werden. Oder hat man von diesen Parteien jemals einen Hinweis auf diese geradezu lächerlich kleinen Zahlen gelesen oder gehört? Bei den Konserwativen kann man dieses Verhalten noch einigermaßen verstehen, denn sobald sich die Reichen und mittleren Bauern aus der Front zurückziehen, heißt ihnen nur der notleidende Großgrundbesitzer, mit dessen Verteidigung aber selbst die Konserwativen wenig Ehre einlegen würden. Beim Zentrum dagegen wäre es gänzlich unverständlich, weshalb es diese ausgesprochen agrarische Politik macht, wenn man nicht behauptete, daß es für seinen gerechten Nachstuhler auf diese Weise Befriedigung zu schaffen beabsichtigt ist.“

Die Nationalliberalen sind ja ganz nicht besser als die Zentrumsleute, aber nicht-besseren ist die kritische Beurteilung derselben durch die nationalliberalen Blatt doch richtig.

Wenden die christlichen Gewerkschaften nach den Redenungen ihrer Vertreter, der Druck, Scherz und der ganzen Zentrumspartei auch in Zukunft noch die Dreifaltigkeit des christlichen sozialdemokratischen Verräters als „Verräter“ verdammt? Zusammen ist den Zeitungsverhältnissen der W. Gladbacher Dreifaltigkeit allerdings auch diese Beifügung.

### Christliche Sozialmoral.

Dr. Jüngst hat Gewisse Edward Bernstein in den Sozialistischen Monatsheften (1908, Heft 24) einen Artikel über die Grundlinien des sozialdemokratischen Reformismus geschrieben, worin sich folgende Sätze finden: „Es muß ausgesprochen werden, daß es für Lohnhöhungen und Reduktionen der Arbeitsleistungen jedesmal Grenzen gibt, deren Ueberschreitung das Gegenteil des gewünschten Ergebnisses herbeiführen kann, daß die Aufgabe der Gewerkschaft, was die Lohnfrage anbelangt, vorwiegend darin liegt, den Arbeiter gegen Lohnbrüche und häufige Lohnfluktuation zu schützen; es muß den Forderungen über die Möglichkeit unausgesetzter Erhöhung der Gehälter gegenüber der Wert der Stetigkeit der Löhne in Verbindung mit der zu erstrebenden Erhöhung ihrer Kaufkraft, das heißt des Realeinkommens der Arbeiter, stärker als es heute geschieht, betont werden. Zum Teil werden die Gewerkschaften durch die Praxis dahin geführt, dies zu erkennen und ihre Politik danach einzurichten. Aber mit ganzer Kraft und Systematik werden sie es doch nur in dem Maße tun, wie die sozialistische Theorie von ihrem utopistischen Weltbild befreit, den Zusammenbruchslösungen der Abschied gegeben wird und Sätze, die noch in der Utopie wurzeln, wie Abschaffung der Lohnarbeit, durch Sätze und Forderungen ersetzt sind, die mit den erkannten Entwicklungstendenzen des Wirtschaftslebens in Einklang stehen.“

Diese Sätze haben dem Deutschen Metallarbeiter, dem „christlichen“ Verhandlungsblatt, außerordentlich gefallen. Er benutzt sie zum Anlaß für einen langen Artikel, überschrieben: „Lohnpolitik und christliche Sozialmoral“, worin der Nachweis geführt werden soll, daß die Ausführungen Bernsteins im Grunde weiter nichts sind als die Erfüllung der „christlichen Moralforderungen“ oder, wie es auch heißt: der „christlichen Sozialmoral“, und wir hören dann weiter, daß gerade die christlichen Gewerkschaften es waren, die von jeher den von Bernstein als notwendig erkannten Standpunkt eingenommen haben.

Es ist eine Eigenart der Christlichen, daß sie alles, was sich mit der Zeit als notwendig und selbstverständlich in der Gewerkschaftsfrage herausgestellt hat, als ihr Werk beanspruchen, als ihren Grundfals hinausführen, als Inbegriff der „christlichen Sozialmoral“ anpreisen. Es ist einfach ein Unfuss, wenn die Christlichen sich jetzt nachrühmen, von vornherein im Besitz der richtigen und unfehlbaren gewerkschaftlichen Theorie und Praxis gewesen zu sein. Ihre ersten Kongresse verließen unter den heftigsten Auseinandersetzungen über die Stellung zur Religion und zur Politik, Auseinandersetzungen, die, wie jedermann weiß, heute noch nicht ihre Erledigung gefunden haben, die man aus guten Gründen zu Ende zu führen vermeidet, weil man weiß, daß der innere Widerspruch, an dem die christlichen Gewerkschaften leiden, ihre Stellung zu den bürgerlichen Parteien u. s. w. ein entschlossenes Aussprechen dessen, was die christlichen Gewerkschaften sind und was sie wollen, gar nicht zuläßt.

Und genau so wie mit der allgemeinen Grundlage der christlichen Gewerkschaften ist es mit ihren besonderen praktischen Forderungen. Es ist wieder einmal Unfuss, wenn behauptet wird, daß die christlichen Gewerkschaften von Anfang an eine bestimmte und zweckmäßige, durch das Gewerkschaftsinteresse diktierte Lohnpolitik gehabt hätten. Gewiß, die Christlichen betonten ihren Gegensatz zur Sozialdemokratie, sie verworfen den Klassenkampf, sie erprobten, wie sie sagten, den „sozialen Ausgleich“ und spielten sich als die Bescheidenden auf gegenüber den angeblich maßlosen Forderungen der sozialistischen Organisationen. Aber diese Bescheidenheit entsprang nicht den Erwägungen einer vernünftigen Lohnpolitik, sondern dem Gehot der Gründer und Förderer der christlichen Gewerkschaften, den Interessen des christlichen Unternehmertums, den Interessen des Zentrums und der Kirche, die letzten Finger um die christlichen Gewerkschaften gedreht hätten, wenn sie nicht hätten hoffen dürfen, sich durch diese Sonderorganisationen die Sozialdemokraten vom Hals zu halten, die gewerkschaftlichen Bestrebungen der klassenbewußten Arbeiterschaft lahmzulegen und sich in den gläubigen Proletariats willige und billige Arbeitskräfte zu erhalten.

Und zum Dritten ist es Unfuss, wenn die Christlichen die Sache so hinstellen, als ob sie von jeher und immer bezüglich der Aufstellung und Durchföhrung ihrer Forderungen die praktisch besten Wege und Mittel gewußt hätten — laßt der unvergleichlichen „Sozialmoral“, die der Leitstern für alles Gute und Wahre sein soll. Nein, die christlichen Gewerkschaften haben ihre Kinderkrankheiten und Flegeljahre gehabt, wie jede andere Bewegung — nur ein bißchen länger als nötig insofern, als sie die Erfahrungen anderer Organisationen zur Verfügung hatten, die ihnen die Lehrgzeit wesentlich abgekürzt haben würde, wenn sie diese Erfahrungen besser zu würdigen und aus ihnen zu verstehen verstanden hätten. Aber trotz der „christlichen Sozialmoral“, trotz der so lebhaft betonten Abneigung gegen den Klassenkampf, trotz aller Bescheidenheit sehen wir die christlichen Gewerkschaften gerade in ihrer Jugendzeit von einem wahren Streikfever befallen und in Kämpfe verwickelt, deren Massenhaftigkeit, Verworrenheit und Unsicherheit recht gering denken läßt von der Lohnpolitik, die von der „christlichen Sozialmoral“ geheiligt sein soll.

Was Bernstein in seinen oben wiedergegebenen Sätzen verstanden ist nicht das Ergebnis dieser oder jener Sozialtheorie oder Sozialmoral; er sagt mit Recht, daß die Gewerkschaften zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit, ihre Forderungen den tatsächlichen Verhältnissen anzupassen, durch die Praxis geführt worden. Bernstein ist der Meinung, daß diese Erkenntnis sich um so eher einstellen und praktisch durchföhren wird, je weniger sie von Gedanken an entfernte und ungewisse Möglichkeiten gehemmt und behindert wird. Und nichts ist klarer, als daß sich die von Bernstein geforderte Erkenntnis am besten und klarsten bei der Organisation einstellt, die über die größten Massen, die längste Erfahrung und die geschulteste Leitung verfügt. Das sind, wie wohl der Arbeiter nicht auseinanderzusetzen zu werden braucht, nicht die christlichen, sondern die sozialistischen Organisationen, die den Kern und das Rückgrat der Arbeiterbewegung bilden und deren Führung nicht nur durch ihre Masse, sondern auch durch ihren geistigen Vorrang beanspruchen dürfen.

Auf Grund der gewonnenen Erfahrungen sind die Sätze Bernsteins so selbstverständlich wie nur möglich. Die Lohnfrage erschöpft sich für die Gewerkschaften nicht mit der Erzielung eines zufälligen und unsicheren Plus, sie erfordert ebenso dringend die Sicherung des Gewonnenen, die Stetigkeit des Einkommens gegenüber Lohnbrüche, dann aber auch die Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes, Vermeidung des Realeinkommens der Arbeiter. Auch das hat mit der „christlichen Sozialmoral“ nichts zu tun.

sondern ist eine durch die Erfahrung bedingte Grundlegung rein vernunftmäßiger, wie manchen sagen: geschichtsmäßiger Art. Es müßte nur sein, wenn die Christlichen diese Erfahrungen und Grundlegungen, in denen sie die Erfüllung der christlichen Moralforderungen erblicken, in allen Teilen beifügen wollten. Wenn sie fordern unter anderem auch die Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes und der Druck der Reallohnarbeit während diesen Punkt, indem es die genossenschaftliche Beteiligung empfiehlt als ein Mittel, durch das sich die Arbeiterkraft ihrer Herabdrückung ihrer Existenz erwehrt, die die Bedenksamkeit der Lohnforderung mit sich bringt.

Wie wissen den Nutzen und die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Beteiligung voll zu würdigen, aber wenn es darauf ankommt, der Bedenksamkeit entgegenzuwirken, dann läßt sich doch wohl zuerst ein näheres und wirksameres Mittel in Betracht ziehen: der Kampf gegen die im Interesse des agrarischen Großbesitzertums unternommene Zoll-, Steuer- und Viebesgabenpolitik, die der arbeitenden Klasse die notwendigen Lebens- und Genusmittel verweigert. Darin liegt der Grund der steigenden Lebensmittelpreise, der Minderung der Kaufkraft des Lohnes, so daß, wer in diesem Kampfe verlagert, die Grundbedingung einer vernünftigen Lohnpolitik außer Acht läßt. Und dieses Fehlers haben sich die christlichen Gewerkschaften schuldig gemacht, als ihre Führer sich damals, beim Kampf um den Zolltarif, von ihren ultramontanen Schwestern, den Zentrumsführern, breitschlagen ließen, der Opposition der katholischen Arbeiter und christlichen Gewerkschaftler Einhalt zu gebieten durch den kläglichen Vorwand, die Zollfrage sei eine staats- und parteipolitische Frage, die aus der gewerkschaftlichen Agitation auszuschließen habe.

Und dieses Fehlers machen sich die christlichen Gewerkschaften auch jetzt wieder schuldig, indem sie unartig befehle setzen, während die bürgerlichen Parteien dabei sind, dem arbeitenden Volke eine ungeheure Steuerlast aufzulegen, die wiederum darauf abzielt, das lächerliche Einkommen der Armen und Vermissten zu beschneiden und den Gehalt der Reichen zu schonen. Da alles, was die Christlichen tun, den Forderungen der „christlichen Sozialmoral“ entspricht, so steht man, daß diese Moral sehr vielseitig ist. Sie erlaubt nicht nur, sondern sie fordert sogar eine Lohnpolitik, deren Wesen darin besteht, daß die Organisation der Arbeiter auf eine Erhöhung der Löhne hinauszielt und daß diese selbe Organisation dazu beiträgt, das gemannene Mehreinkommen den Agrariern in die unergieblichen Taschen zu schieben. Allerdings Achtung vor der Erhabenheit dieser „christlichen Sozialmoral“!

### Krieg in der amerikanischen Stahlindustrie.

Von Chagrin.

San Francisco, 15. März 1909.

Der harte und blutige und trostlose Krieg in der Eisen- und Stahlindustrie Amerikas ist ausgebrochen. Die Gladiatoren des Stahlkampfes befinden sich auf dem Kriegspfad. Die Stalps der kleineren stahlproduzierenden Unternehmer zu erbeuten ist das Ziel. Der Kampf wird mit allen Mitteln geführt; Siege sind schon zu verzeichnen. Das Ende dieses Feldzuges wird sein, daß die in der Stahlindustrie gemachten Profite nur noch von den Hyänen des Trustes werden eingesackt werden. Darüber kann kein Zweifel herrschen, wenn man die folgenden Meldungen liest:

„Alle Preisraten für Stahl wurden beiseite gesetzt von der Stahlcorporation der Vereinigten Staaten (Stahltrust) und Aufträge werden um jeden Preis akzeptiert werden. Dies wurde beschloffen in einer zweitägigen Konferenz des Stahltrustes. Der Präsident des Direktoriums, Gary, gab folgende Erklärung: Es ist das erste Mal in der Geschichte des Stahltrustes, daß ein „offener Markt“ für (Eisen und) Stahl besteht. Der Trust hat sich in schlechten Zeiten geweigert, die Preise zu reduzieren, obwohl die Konsumenten klagten, die Preise seien höher als vor der Organisation des Trustes. Die Schleuderung der Preise selbst die Stahlfirmen nicht, die bisher unbeweglich auf 28 \$ pro Tonne gehalten wurden. Die Reduzierung wurde in der ganzen Welt freudig begrüßt. Agenten der europäischen Bankiers warteten auf dem Hauptbureau des Trustes auf Nachrichten, die — fünf Minuten nachdem sie bekannt gemacht — in allen Geschäftsquartieren der beiden Kontinente gelesen wurden. — Die Reduzierung ist für Stangenstäbe 4 \$ pro Tonne, für Konstruktionsstähle 7 \$, für Röhren 10 bis 12 \$ u. s. w. — Die offizielle Mitteilung schiebt die Verantwortung für diese Herabsetzung den unabhängigen Kompanien zu; diese hätten Aufträge erjagt, ganz gleich zu welchem Preis. Es war allgemein bekannt, daß in den letzten Tagen alle Aufträge zu den unabhängigen Unternehmern gingen. Weiter wird bekannt, daß die unabhängigen Kompanien beabsichtigten, einen Trust zu bilden, damit die Stahlproduktion anfallt auf einen auf zwei Trusts verteilt würde. Der (bisherige) Stahltrust kontrolliert heute schon 60 Prozent der gesamten Produktion und 85 Prozent des gesamten Rohmaterials.“

Entsprechend dieser offiziellen (Trust-)Meldung ist auch sofort gehandelt worden. Der Trust hat seine Agenten angewiesen, den Konsumenten jeden Auftrag abzufragen, auf jede Offerte, ganz gleich zu welchem Preis, einzugehen. Während eines Tages konnte der Trust mehr Aufträge buchen, als während des ganzen letzten Jahres, allerdings zu Preisen, die noch einige Tage vorher für wahnsinnig niedrig gehalten hätten. Kein Zweifel, der Trust will die unabhängigen Kompanien für ihre Preisföhrerei züchtigen, sie zur Vernunft, das heißt hier zum Bankrott bringen.

Solange die Stahlindustrie im Zeichen der Prosperität stand, konnte der Stahltrust der Konkurrenz gnädiglich Aufträge überlassen. Mit ihr diessehalb zu streiten, lag keine Veranlassung für ihn vor. Seine Werke arbeiteten Tag und Nacht mit voller Kraft und ließen den kleineren Konzernen den Abfall. Diese hielten damit auch die Illusion von der „freien Konkurrenz“ aufrecht. Jetzt aber haben sich die Verhältnisse radikal geändert. Gering ist die Nachfrage nach Maschinen, denn die vorhandenen produzieren ja schon vielfach mehr als die Masse der Konsumenten mit ihren tarmen Einkommen kaufen kann. Dieser Ausfall in der Kleinindustrie beeinträchtigt die Großindustrie. Dann ist der Eisenbahnbau zurückgegangen. Unter den letzten fünf Jahren weist das Jahr 1908 die niedrigste Zahl auf. Die Folgen sind wenig oder gar keine Aufträge an Schienen und rollendem Material. 1905 wurden 6265 Lokomotiven gebaut, 1906: 5642, 1907: 3282, 1908 nur 1182; Frachtwagen 1905 341315, 1906: 310215, 1907: 151700, 1908: 62700. Wie im Transportgewerbe, so ist auch ein entsprechender Rückgang der Tätigkeit in anderen Industrien zu konstatieren. Dann hat sich der Export nach den asiatischen Gebieten sehr fühlbar vermindert, er ist zum Teil bis nicht weit vom Nullpunkt entfernt angekommen. Der Maschinenmarkt der Welt ist sozusagen gesättigt, wenigstens insoweit die alten Industrieländer in Betracht kommen. Und die neuen werden von Japan, dem England des Ostens, versehen. Seit dem russisch-japanischen Kriege hat Amerika an die fünfshundert Fabrikanlagen nach Japan geliefert. Nun aber haben diese jetzt selbst Anlagen für China und Fabriken mit den maschinellen Einrichtungen und treten mit ihren eifrigeren Lieferanten und Konkurrenten in erfolgreiche Konkurrenz. Kurz: die wirtschaftliche Krise bedeutete für den Stahltrust Mangel an Bestellungen, und was

haben noch vorhanden sein möchte, schnappten ihm die unabhängigen Komponenten weg. Weiter schließt sich der ausländische Markt immer weiter ab und produziert den eigenen Bedarf, wenn er nicht gar als Konkurrenz auf dem Plane erscheint.

Nun erhebt sich noch die drohende Möglichkeit einer Revision des Zolltarifs, das ist die Herabsetzung des Einfuhrzolls auf den Stahl und dessen Fabrikate. Das würde, mit anderen Worten, der Verlust des Zollschutzes, den Inlandskonsumenten jahraus, jahrein Hunderte von Millionen Dollar abfließen zu lassen. Dies allein schmeizt das Geiz der Stahlverhelfer: den Weltmarkt des Jahres 1907 schrumpfte er auf 800.000.000 M zusammen, und für das laufende Jahr soll er nicht einmal auf 800.000.000 M kommen. Dies wäre für ein wahrhaftiger Hungerlohn, bei dem auf die Dauer selbst die sparlamen Kapitalisten des Trustes verenden müßten. Dieser Gefahr gegenüber wird zu dem nächstliegenden, am erfolgversprechendsten Mittel gegriffen: zur Kriegserklärung an die unabhängigen Stahlproduzenten.

Wer trägt die Kosten dieses Krieges? Die Eisen- und Stahlarbeiter! Ob der Kampf nun ganz glänzig oder weniger glänzig für den Stahltrust verläuft: die Arbeiter müssen bluten. — Alle letzten Herbst bei den Wahlen die Mattensänger der Republikaner zum Stimmensfang ausgenutzt, war ihr zügigste Mittel, daß sie die industriellen Profiteure in Aussicht stellten, wenn sie siegten. Wenn erst der republikanische Kandidat Laft, der Mann des Großkapitals, gewählt sei, dann werde Sicherheit im Geschäft und Belebung des Wirtschaftslensens sofort eintreten, hieß es. Zu allem Überflus wurde dies auch noch den Arbeitern in Fabriken durch Anschlag bekannt gegeben und dabei auch darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn Laft durchfalle, viele gegebene Bestellungen juristisch genommen werden würden, die Arbeitszeit verkürzt, ja die Fabrik geschlossen werden müßte. Auch der „full dinner pail“ (der volle Eßtopf) spielte dabei wiederum seine agitatorische Rolle. Alle diese Arbeiter und Handwerker hätten eine klaffenbewußte Arbeiterpartei mit hohem Spottgelächter beantwortet. Nicht so die amerikanischen — denn sie ist die „smarteste Arbeiterpartei in der ganzen Welt“. Wenigstens sagen wir das die kapitalistischen Zeitungen fortgesetzt. Gegen weil die amerikanischen Arbeiter so „sublim“, „smart“ sind, fielen die demagogischen Argumente bei ihr auf fruchtbaren Boden, sie stimmten in die Forderungen der Kandidaten. Nicht zum wenigsten in die Forderungen der Stahlarbeiter. Die Wahlfaktoren beweist dies unüberleglich. In den Distrikten der Eisenindustrie erhielten die Republikaner auch diesmal wieder die stärksten Majoritäten.

Laft war gewählt, doch die Prosperität ließ sich vergebens bitten. Erst mußte der neue Präsident mit seiner Administration das Amt antreten, dann — — Das schied hier plausibel. Nun kam die neue Administration aus Staatsruher — der „full dinner pail“ bekam ein immer größeres Loch. Mit der ersten Nachricht über die Preisreduktion des Stahls, über die Stabilisierung des „offenen Marktes“ für Stahl und Eisen, über die Verhinderung des „offenen Marktes“ für Stahl und Eisen, über die Verhinderung der geschlossenen Betriebe und bessere Geschäfte für die Arbeiter endlich wieder zur Lammung wurde. Große Freude und Stadium den Herbst den Schlag. Eine Hubschiff jagte die andere: Lohnreduzierungen waren hier vorgenommen, dort angeflandigt. Die proletarischen Nachläufer der großkapitalistischen Partei sahen sich in der Verfassung des betrübten Gewerks. Ihnen war Fällung des letzten Eßtops versprochen worden, wenn sie die Kandidaten der Trusts wählen würden. Sie wählten diese. Danach unterzuchten sie den Eßtopf und sie fanden das für sie unerlässliche Phänomen: Der Eßtopf hatte entgegen allen Versprechungen ein Loch bekommen. Und jetzt nun gar, kann nach dem Antritt der neuen Administration, erwidern sie zu ihrem Schrecken, daß der „dinner pail“ überhaupt keinen Boden mehr hat. Und das schlimmste bei alledem ist, daß sie diesen traurigen Stand der Dinge zum besten Teil selbst verschuldet haben. Sie haben sich an der Wahlurne konstant für den Kapitalismus entschieden und nun haben sie ihn wiederum zu führen in einer unerwarteten Intensität und in seiner unverwundlichen Gestalt.

So ist denn das Unerwartete geschehen. Die Rebellion der Söhne der Arbeiter, die unter einer gleichenden Fahnen arbeiten, ist schon angeflandigt, die der anderen Arbeiter in der Eisenindustrie durch am 1. Mai. Dies betrifft die Arbeiter der unabhängigen Unternehmungen. Andererseits kündigt der Trust der unabhängigen und ihm es auch gleich anzuflandigt. Denn er braucht keinen Widerstand der Arbeiter zu fürchten. Capital hat seine Arbeiter wenig oder gar nicht organisiert, und dann hat sie ja — Einzelhändler am Trust. In die Gewerkschaften zu verbinden, bei der Ausrüstung des Trusts den geschützten, notwendigen Arbeitern an. Mehrere Tausend Tausend in die Falle, laufen die Arbeiter, werden nun „industrial“ am letzten Sonntag des Jahres, wann sie sich gegen ihre „Kameraden“ und verabschieden die Arbeiterorganisationen. Diese proletarischen Abwärtler des Stahltrusts gehen von ihrer Allianz pro Jahr ein gutes Duzend Dollar, wägen sich aber dafür ein paar Hundert Dollar von ihrem Lohn nehmen lassen und geben ihre proletarische Ehre und Unabhängigkeit gratis und freiwillig dahin.

Bei den Arbeiterorganisationen, gleich, ob in den unabhängigen oder in den Trustunternehmungen, wird die Unabhängigkeit mit eingeschlossen, daß die Arbeiter des Stahltrusts die größte der zwingenden Ursachen ist; ohne Fällung der Arbeiterbesten Lohnemäßigkeit. Dieses Argument wird die bestmögliche Wirkung nicht verfehlen. Die Arbeiter, zum guten Teil ehemalige Eisenarbeiter, werden sich, wie es den Anschein hat, an den Folgen der Fällung der Arbeiterbesten Lohnemäßigkeit lassen. Eine Bewegung von proletarischer Größe wird nicht bald eintreten, die — für die Arbeiterbesten Lohnemäßigkeit wird sich. Die Regierung wird ihr vor der Wahl gezeichnete Versprechen dazu tun so lieblich machen, weil ja — die öffentliche Meinung sich gegen die Eisenarbeiter wendet.

Der Krieg der Eisenarbeiter wurde begründet von Tausenden von Kapitalisten, denn er bringt ihnen Fortschritt, und er wird nicht wieder von Hunderttausenden, weil er ihren Lohnemäßigkeiten von 10 bis 25 Prozent bringt und monatlich noch die Verrentung des Lohns der Eisen- und Stahlarbeiter. Sollte diese ein Kampf wegen, so werden aus allen vier Ecken der Welt Arbeiterbesten Lohnemäßigkeit kommen. Das würde die Arbeiterbesten Lohnemäßigkeit sein. Der unabhängigen Fabrikanten wäre die Gefahr nicht gerade groß, die Arbeiterbesten Lohnemäßigkeit nicht anzuflandigt, wie es der Trust schon Jahre vorher getan hat.

Der Krieg der Arbeiterbesten Lohnemäßigkeit zwischen dem Eisen- und den unabhängigen Eisenarbeitern kann kein Zweck erreichen, denn der Trust verfügt über 65 Prozent des gesamten Stahlvertriebs des Landes. Die Macht des Trusts wird, der Trust wird jedes Jahr eine Erhöhung seiner Dividende und Erhöhung seiner Aktien nicht zu fürchten haben. Er wird den Dank der Kapitalisten und der Arbeiterbesten Lohnemäßigkeit zu tragen haben. Die Arbeiter werden die Kosten zu tragen haben.

### Streiks in Frankreich im Jahre 1907.

Paris, im März 1908.

wd. Durch das Ministerium der Arbeit sind vor kurzer Zeit die Statistiken über die Streiks in Frankreich im Jahre 1907 im Vorjahr gemischt umfangreichen Buche veröffentlicht worden. Die im Einzelfachen sind wir auch diesmal zu unserem Bericht die amtlichen Zahlen, da die Zentrale der französischen Gewerkschaften keine Streikstatistik treibt und insoweit keine Zahlen über die Erfolge und Fortschritt der französischen Gewerkschaften Statistiken veröffentlicht kann. Das Fehlen einer gewerkschaftlichen Statistik wird hier von verschiedenen Seiten als ein bedauerlicher Mangel angesehen, jedoch werden wohl noch einige Jahre vergehen, bis die Majorität der hiesigen Gewerkschaften die Notwendigkeit einer solchen Statistik anerkennt. Einsteils ist es die Verlangung der Statistik der Arbeiter durch unsere „reinen“ Syndikalistin, die die Streikstatistik durch die Konföderation verhindern und zum anderen Teile ist es der lose Zusammenhang der einzelnen Organisationen, der die Führung regelmäßiger Statistiken für sich zur Unmöglichkeit macht. Selbst den einzelnen Branchen- und Industrieverbänden ist es, von einigen löblichen Ausnahmen abgesehen, unmöglich, den genauen Mitgliederstand ihrer angeschlossenen Ortsvereine zu bestimmen. —

Aus der amtlichen Statistik geht hervor, daß die Zahl der Streiks und vor allem die Zahl der Streiktage im Vergleich zum Jahre 1906 bedeutend gesunken ist. Diese Erscheinung wird man zu einem Teile der Krise, die schon gegen Ende 1907 einsetzte, und dann dem Fehlen außergewöhnlicher Bewegungen, wie sie die Bergarbeiterstreiks anfangs 1908 und vor allem die Achthundebewegung im Mai desselben Jahres darstellten, zuschreiben können. Mit dem Jahre 1906 verglichen ist eine fortschreitende Erhöhung der gewerkschaftlichen Kämpfe zu konstatieren. Um einen Vergleich für das Außergewöhnliche der Zahlen von 1906 zu ermöglichen, wollen wir die Zahlen über Umfang und Dauer der Streiks der drei letzten Jahre geben, aber die Statistiken veröffentlicht sind. Diese sind folgende:

Jahr	Anzahl der Streiks	Anzahl der beteiligten Personen	Zahl der Streiktage	Streikdauer pro Person in Tagen
1905	830	177666	2522104	14
1906	1209	498466	3692080	19
1907	1275	197961	8048446	15

Die Zahl der streikenden Personen im Jahre 1907 setzt sich zusammen aus 164824 Männern, 23177 Frauen und 9960 jugendlichen Personen. Die Zahl der von Streiks betroffenen Etablissements beträgt 8865; im Jahre 1906 waren es 19637.

Von den wichtigeren Industrien waren an den Streiks beteiligt:

Industrie	Streiks	Streikende	Streiktage	Streikende
Bauindustrie	272	35571	93	9577
Textilindustrie	247	33348	52	4741
Metallindustrie	153	21851	—	—
Transport	141	43249	41	7498

Der amtliche Bericht gibt an, daß nur bei 54 Streiks den Streikenden eine Unterstützung von ihren Gewerkschaften zuteil wurde. Diese Zahl ist aber ganz entzerrt, da die Gewerkschaften sich bisher weder für hohe Beiträge noch für Streiktagen ins Zeug legten, aber die Unterstützung in Streikfällen, selbst die regelmäßige in Geldunterstützungen, ist ganz bestimmt höher als sie der amtliche Bericht angibt. Allerdings können wir unsere Behauptung durch gewerkschaftliches Zahlenmaterial nicht bekräftigen, da eben dieses, wie schon oben angeführt, bis heute noch fehlt. Bei sehr vielen Streiks ist es hier Sitte geworden, sogenannte „kommunistische Suppen“ zu organisieren. Darunter versteht man gemeinsames Mittag- und Abendbrot für große Gruppen von Streikenden. Diese gemeinsamen Mahlzeiten beanspruchen, da alles im Großen eingekauft wird, natürlich nicht so viel Geld, als die Streikunterstützung in harter Münze. Mit 45 bis 65 GEs wird eine nachschaffe und schmackhafte Mahlzeit geliefert. Das Geld dazu wird in sehr vielen Fällen durch Sammelheften und durch in Höfen stehende Streikende aufgebracht. Seit neuester Zeit sind nun selbst unsere „reinen“ Syndikalistin zu der Überzeugung gekommen, daß die Beiträge umbedingt erhoben werden müssen, um den Streiks unbeschränkt zu unterstützen. Das Resultat der 1275 Streiks im Jahre 1907 war folgendes:

Erfolg	Streiks	Streikende
Erfolg	263	24369
Vergleich	490	130806
Niederlage	522	49786

765 Streiks sind also mit ganzem oder einem Teilerfolg beendet worden. Die folgende Statistik gibt in Prozenten angedrückt das Resultat der Streiks von 1907 und den Durchschnitt der Resultate von Streiks im letzten Jahrzehnt ebenfalls in Prozenten:

Resultat	Durchschnitt von 1897-1906	1907	Durchschnitt von 1897-1906	1907
Erfolg	22,91	20,43	12,15	12,31
Vergleich	39,01	38,63	61,96	66,06
Niederlage	38,05	40,94	25,91	21,61

Um die Erhöhung des Lohns als einziges Kampfsziel, oder mit noch anderen Forderungen vereinigt wurden 808 Streiks, das heißt 63,37 Prozent geführt. Daraus waren beteiligt 124451 Streikende, also 62,86 Prozent. Die Resultate sind hier folgende:

Erfolg	Streiks	Streikende
Erfolg	170	16806
Vergleich	327	73355
Niederlage	311	34300

Um eine Reduktion der Löhne zu verhindern, wurden 34 Streiks unternommen. 25 davon endeten mit ganzem oder einem Teilerfolg und 9 mit Niederlage. Bei 842 Streiks wurde also der Kampf um die Höhe des Lohns geführt. Die amtliche Statistik gibt uns von 651 Streiks die gesamten Resultate über den Durchschnitt der Löhne vor und nach dem Streik. Diese sind folgende:

#### Streiks zur Lohnerhöhungen.

Resultat	Jahr	Durchschnitt von 1897-1906	1907	Durchschnitt von 1897-1906	1907
Erfolg	128	11818	4,27	4,68	1454389
Vergleich	252	54653	4,12	4,50	6163832
Niederlage	257	25875	3,65	3,65	—
Zusammen	637	92346	3,97	4,24	7618221

#### Streiks wegen Lohnerhöhungen.\*

Resultat	Jahr	Durchschnitt von 1897-1906	1907	Durchschnitt von 1897-1906	1907
Erfolg	2	496	4,81	5,72	119582
Vergleich	6	60	2,04	2,31	4860
Niederlage	6	143	1,76	1,76	—
Zusammen	14	699	3,55	4,25	124392
Gesamtsumme	651	92346	3,95	4,24	7742613

\* Die letzten Zahlen stellen die als Gesamtschritt angegebene Summe vor dem Streik nicht der tatsächlich bezahlten Lohn, sondern die vom Unternehmer versprochene Reduktion dar.

Man wird sich wundern, daß von den 642 Streiks um die Lohnemäßigkeit nur 651 in der Statistik angeführt sind. Der Bericht über Streiks im Jahre 1907 enthält nur 191 Streiks bei durchschnittlich 2000 Streikenden, was ein sehr geringes Aufsehen für die Arbeiter, für Nacharbeit und Erhöhung von Prämien handelt, teils um eine Erhöhung des Stundenlohns und Verhinderung der Arbeitszeit, so daß der Lohnemäßigkeit der Arbeiter.

Um die Verhinderung der Arbeitszeit wurden 185 Streiks mit 25200 Streikenden geführt. Hier fehlt leider eine detaillierte Statistik. Es wäre zweifellos interessant zu erfahren, um welche Arbeitszeit gekämpft wurde. Sehr oft müssen sich die Arbeiter den gesetzlichen Gehaltsuntertrag für gemischte Betriebe noch erzwingen. Die Gesamtergebnisse in dieser Kategorie waren folgende:

Erfolg	Streiks	Streikende
Erfolg	45	5888
Vergleich	26	10977
Niederlage	65	19851

804 Streiks hatten als Ursache die Forderung auf Wiedereinstellung entlassener Arbeiter, Entlassung von Werkmeistern, Änderung von Arbeitsordnungen u. s. f. In 375 Streiks verloren die Arbeiter mehr als die Hälfte der Streiks verloren.

Alles zusammengekommen bietet der amtliche Bericht und die Statistik nur einen sehr allgemeinen Überblick über die Streikbewegung der französischen Arbeiterklasse und über ihre erreichten Erfolge. An den Gewerkschaften liegt es nun selbst, hier direkte Aktion zu treiben und die Kontrolle über die gewerkschaftlichen Aktionen mit ihren Erfolgen und Verlusten selbst zu führen.

### Ein gelber Geschäftsbericht.

Wiederum ist uns der nach Aussehen und Inhalt gelbe Geschäftsbericht des Arbeitervereins von Werk Augsburg (gelbes Deutschland) und der damit verbundenen Arbeiter-, Witwen- und Waisenkasse und Krankenkasse zugesprochen. Wenn man diesen Bericht mit dem vorjährigen vergleicht, so fällt einem gleich eine „sehr wichtige Änderung“ in die Augen. In dem Bericht über das Jahr 1907 wurden zunächst die Namen der gelben Vorstandsmitglieder aufgeführt, dann kamen die „Mitglieder des erweiterten Ausschusses“ (wohl die gelben Vertrauensmänner) und nun erst folgten die vier gelben „Ehrenmitglieder“, der obere Buz senior, der vorläufig noch bürgerliche Buz junior, der Direktor Eugenheimer und der Profikopf Pfeiffer. Im letzten Jahre hat man die „erweiterten Ausschüsse“ von 36 auf 80 Mann verstärkt. Nun wäre es doch offenbar „gegen alle Disziplin“ gewesen, wenn man die Namen dieser 80 Mann alleamt vor denen der Ehrenmitglieder aufgeführt hätte. Das ging offenbar unter keinen Umständen und deswegen setzte man die Namen der gelben Ehrenmitglieder noch auf Seite 2 und auf Seite 3 und 4 kamen erst die „Erweiterten“. Das heißt sich auch so für waschechte Gelbe. Im Bericht der Vorstandsjahres wird wiederum zunächst der „berzeitige Stand der gelben Organisation“ behandelt. Danach wird Augsburg ansehend von der „gelben Allgemeinheit“ als Vorort der ganzen „gelben Bewegung“ betrachtet. Die zu Ostern des Jahres 1908 in Kiel abgehaltene gelbe Konferenz beschloß, ein „Schriftamt“ zu gründen, das nach dem Bericht „den Zweck hat, als Bindeglied zwischen den verschiedenen Vereinen bekannt zu geben“. Dieses „Schriftamt“ wurde dem Vorstand des gelben Vereins der Augsburger Maschinenfabrik übertragen. Offenbar erregt die Isolierung der einzelnen „Wertvereine“ bei den Arbeitern, die noch nicht alles Denken verloren haben, Anstoß, weil sie nicht nur den Mitgliedern das Organisationsrecht raubt, sondern auch die Freizügigkeit. Dies hat auch der Dr. Hoff aus Düsseldorf auf der am 15. Dezember 1908 abgehaltenen Versammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zu (siehe unsere Notiz „Scharfmacher über Gelbe“ in Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung). Er sagte damals:

Die gelben Verbände bedeuten keineswegs einen Eingriff in die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, wohl aber erschweren die von ihnen geschaffenen Einrichtungen dem Arbeiter den Eintritt von einem Werk zum andern. Mit einer gewissen Notwendigkeit wird dieser Umstand zu einer Kartellierung führen, um gelben Arbeitern, die wechseln wollen, die gleichen Rechte zu sichern, in deren Genuss sie sich an der alten Arbeitsstelle befinden. Die Form ist für diesen Zusammenhang noch nicht gefunden. Der Kartellierungsgebäude wird von der Mehrzahl der Vereine heute noch zurückgewiesen.

Das heißt in gewöhnliches Deutsch übertragen: Die Unternehmer, daß die Arbeiter der gelben Vereine nicht eintritt davon, daß ein Arbeiter, der in ihren Betriebe neu eintritt, schon gleich Rechte an ihre gelben Unterstützungskassen haben kann. Dies soll der Arbeiter nur dadurch erlangen dürfen, daß er etliche Jahre in dem Betriebe schuftet und der Firma das Vielfache dessen verdient hat, was sie ihm schließlich einmal als „gelbe Unterstützung“ erbringt zu gewähren geben. Auf diese Weise wird dann zugleich erreicht, daß das Recht auf die Unterstützung nur auf eine möglichst geringe Zahl von Arbeitern beschränkt bleibt, während der großen Mehrzahl immer nur die „Verheißung“ winkt, natürlich unter der Voraussetzung, daß sie stets „liebe Kinder“ bleiben und besonders niemals vom Koalitionsrecht Gebrauch machen. Nun handelt es sich offenbar darum, den gelben Arbeitern einen Teilerfolg voll Freizügigkeit zu verschaffen, aber teilweise nicht so viel, daß dem Kapitalismus daraus auch nur der geringste Schaden erwächst. Das ist offenbar auch der Grundgedanke bei dem auf derartigen Konferenzen gefassten Beschlüssen gewesen, eine Zentral-Zuschusskasse zu gründen. Nach dem Bericht sind die Vorarbeiten bereits dieses Jahres in Magdeburg stattgefunden. Über den Zweck dieser Kasse heißt es auf Seite 6 des Berichtes:

Der Zweck der Z.O.D. ist, denjenigen Mitgliedern der gelben Organisationen, welche einem Wertverein mit einer Krankenkasse und Stütze-Kasse nicht angehören können, oder wegen Änderung der Arbeitsstelle aus einem Wertverein ausscheiden müssen, die Möglichkeit zu geben, in diese Kasse ein- oder überzutreten zu können. Es ist vorzuziehen, daß der Eintritt von Mitgliedern von Wertvereinen vorzuziehen erfolgen kann, ohne Rücksicht auf Alter und Gesundheitszustand.

Wie gnädig! Also selbst bei — alten oder kranken Gelben will man dem Wandertrieb keine Schranken setzen. Wir werden ja sehen, wie viele von diesen Versprechungen gehalten werden. Überhaupt ist der gelbe Vorstand mit Versprechungen auch in diesem Jahre so freigebig wie im vorigen Jahre (siehe Metallarbeiter-Zeitung 1908, Nr. 18, Seite 143). Es heißt auf Seite 6 des Berichtes nämlich ferner:

„In gleicher Weise soll die Errichtung einer Zentral-Pensions-Kasse für gelegener Zeit (l. Red.) in Aussicht genommen werden (l. Red.). Inzwischen soll jedoch den bestehenden Pensionskassen der Wertvereine Abmachung getroffen werden, daß übertritt von einer solchen Kasse in die andere möglich ist, unter Anrechnung der durch bisherige Angehörigkeit zu einer solchen Kasse erworbenen Rechte. Diese Maßnahmen sind für die Freizügigkeit der Mitglieder der gelben Organisationen von außerordentlicher Wichtigkeit.“

Der letzte Satz enthält das Zugeständnis, daß die Wertvereine tatsächlich eine Gefahr für die Freizügigkeit der Arbeiter sind, was bisher bestritten wurde. Offenbar wird dieser Mangel an Freizügigkeit den Arbeitern unter Umständen selbst unangenehm und man findet auf Mittel, diesem Übel (vom Standpunkt des Unternehmertums aus) abzuhelfen, ohne den gelben Arbeitern dabei zu viel Bewegungsfreiheit zu geben.

Dann folgen wieder Angaben über die Orte und die Betriebe, wo sich gelbe Vereine befinden. Danach befinden sich solche in Augsburg und Umgebung, Amberg, Aisling, Bamberg, Bayreuth,



Metallarbeiter-Vereinigung.

werden mit durchgezogen, und sie verlangen nun, daß die Firmen... werden mit durchgezogen, und sie verlangen nun, daß die Firmen...

Formen.

Nachen. In Nummer 11 berichteten wir über die Vorgänge... Nachen. In Nummer 11 berichteten wir über die Vorgänge...

und die Betriebsbedingungen... und die Betriebsbedingungen...

Klempner.

Vertrag a. G. Der Tarifvertrag der hiesigen Klempner... Vertrag a. G. Der Tarifvertrag der hiesigen Klempner...

Metallarbeiter.

Berlin. Die hiesige Verwaltungskasse hielt am 4. April... Berlin. Die hiesige Verwaltungskasse hielt am 4. April...

Differenzen. In der in voriger Nummer enthaltenen Korrespondenz... Differenzen. In der in voriger Nummer enthaltenen Korrespondenz...

und immer noch so viel... und immer noch so viel...

Vertrag a. G. Je weniger Arbeitsgelegenheit, desto... Vertrag a. G. Je weniger Arbeitsgelegenheit, desto...

Passau. Zu der in Nr. 14 enthaltenen Korrespondenz... Passau. Zu der in Nr. 14 enthaltenen Korrespondenz...

Rombach (Lothringen). Im schwarzen Duisburger... Rombach (Lothringen). Im schwarzen Duisburger...

Staat und Industrie. In der letzten Besprechung... Staat und Industrie. In der letzten Besprechung...

und die zum größten Teile unter „Schlacken“ stehen. Die meisten Beschäftigten dieser Art sind in den Bergwerken zu finden, wobei die Schmelzwerke in den Bergwerken die größte Zahl von Arbeitern beschäftigen. Die Schmelzwerke sind in der Regel in den Bergwerken zu finden, wobei die Schmelzwerke in den Bergwerken die größte Zahl von Arbeitern beschäftigen.

Schlacke.

Freiburg i. B. (Die Verhältnisse im hiesigen Schlackengewerbe.) In der letzten Versammlung des Bezirksvereins des Arbeiterbundes machte der Innungsmeister Ritz seine Kollegen darauf aufmerksam, welche schlimmen Folgen aus der ständigen Lohn- und Arbeitszeitvermehrung für den Einzelnen, für die Gemeinde und Staat entstehen können; nur durch festes kollektives Zusammenhalten könne diesem Uebel abgeholfen werden. Dieser Schlarfacher veranlaßt uns, einmal zu untersuchen, wie es im hiesigen Schlackengewerbe aussieht. Im Durchschnitt gab es im Jahre 1908 48 Schlackermesser, die Gesellen und Lehrlinge beschäftigten. Diese 48 Schlackermesser beschäftigten im Jahre 1908 im Durchschnitt 80 Gesellen und 121 Lehrlinge. 80 Lehrlinge bekommen weder Kost, Logis noch Lohn; die übrigen 81 empfangen zum Teil nur Mittagessen, andere die ganze Kost mit Logis und nur wenige eine Entschädigung von 40 Pf. pro Tag bis 8 Pf. pro Woche. Die Löhne der Gesellen liegen bei 25 Pf. pro Stunde an und steigen in den meisten Fällen nur bis zu 40 Pf. Im besten Falle gibt es bei diesen 48 Messern 7, die auch nur einmaler monatliche Abne bezahlen. Es gibt höchstens 9 bis 10 Gesellen, die einen Lohn von 50 Pf. und mehr erhalten und das sind dann die sogenannten Vorarbeiter oder „Antreiber“. Nachstehende Tabelle soll zeigen, wie Gesellen und Lehrlinge im Durchschnitt unter die Messer verteilt sind:

Table with 4 columns: Meister, Gesellen, Lehrlinge, and a second set of the same columns. It shows the distribution of workers across different levels of the profession.

Diese traurigen Verhältnisse müssen doch den maßgebenden Stellen, besonders der Handwerkskammer, bekannt sein! Kann man sich noch eine schlimmere Lehrlingszukunft vorstellen, als sie hier getrieben wird? Daraus resultieren auch die erbärmlichen Stundenlöhne für die Gesellen, und dabei wundern man sich noch, wenn das Handwerk immer mehr an Boden verliert oder schließlich ganz zugrunde geht. Den Innungsmeistern möchten wir raten, sich in Zukunft etwas mehr über obiges Thema zu unterhalten. Statt über die Begehrtheit der Arbeiter zu schimpfen. Eltern und Vormünder sollten es sich doppelt überlegen, ob sie es verantworten können, einem solchen Beruf noch Lehrlinge zuzuführen. Auch die Schlackergesellen, die sich immer noch träumen lassen, auch einmal „Meister“ zu werden, dürften aus diesen traurigen Zuständen die Lehre ziehen, daß nur durch die Organisation bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Zum Schluß sind wir der Meinung, den Freiburger Schlarfacher den Beweis erbracht zu haben, daß unter solchen Umständen nicht nur Staat und Gemeinde, sondern schließlich das ganze Handwerk zugrunde gehen muß.

Rundschau.

Aus den Unternehmerverbänden.

Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller. Die Generalversammlung dieser Unternehmerorganisation wurde am 29. März in Berlin abgehalten. Der Geschäftsbericht wurde von dem bekannten Generalsekretär Bued erstattet. Daß dieser Herr trotz seines hohen Alters (er ist am 12. Dezember 1890 geboren, erfreut sich also eines Alters von einer Richtigkeit, die den allermeisten Arbeitern unerreichtbar sind) noch die Geschäfte mehrerer Unternehmerorganisationen leiten kann, beweist, daß diese Ämter nicht entfernt soviel Arbeit machen, wie die besoldeten Ämter in der Arbeiterbewegung. Der Geschäftsbericht behandelte zunächst in der Hauptsache die Revision des Zolltarifs in den Vereinigten Staaten. Was die allgemeine Wirtschaftslage anlangt, so betonte der Berichterstatter, daß die deutsche Industrie keinen Anlaß habe, den Mut sinken zu lassen. Das unentwegte Fortwärtstreben werde ihr allerdings recht schwer gemacht. Die Mangelhaftigkeit der der Industrie ungenügenden Handelsverträge machte sich jetzt zur Zeit der Depression erst recht fühlbar. Eine Anfrage deswegen zu veranlassen, wie angeregt worden sei, hielt Bued nicht für praktisch. Man solle damit bis zur Vorbereitung der neuen Handelsverträge warten. Bis dahin werde erdrückendes Material zusammenkommen. (Darin hat Bued ohne Zweifel recht. Die der Industrie ungünstigen Handelsverträge sind aber nur eine Folge des Wucherzolltarifs. Als es sich darum handelte, dessen Annahme zu bekämpfen, wurden diese bösen Folgen schon damals von den Sozialdemokraten vorausgesagt. Wo waren aber damals die Vertreter des Bürgertums in ihrer großen Mehrheit?) Bued glaubt ferner nicht, daß wir so bald auf eine wesentlich bessere Konjunktur rechnen dürfen, weil in diesem Jahre nach einer Reihe guter Ernten wahrscheinlich eine schlechtere zu erwarten ist. Auch erscheint die Ermäßigung der Gütertarife in weite Ferne gerückt.

Für einen Mann mit der Gesinnung des Herrn Bued ist es natürlich eine Kleinigkeit, zu behaupten, daß eine solche industrie-feindliche Richtung nicht nur in der Wirtschaftspolitik der deutschen Regierung vorherrsche, sondern auch in der sozialpolitischen Gesetzgebung. Und damit war Bued auch in dieser Unternehmerversammlung glücklich wieder auf „sein Thema“ gekommen. Wenn man die Berichte liest, so muß man sich fragen: Ist das ein Schleißstein, der da schnurrt, oder eine schon oft abge-laufene Phonographenwalze? Über diesen Teil der Rede des Herrn Bued berichtet die Deutsche Industrie-Zeitung, das Organ des Zentralverbandes deutscher Industrieller, in ihrer Nr. 14 (Seite 160):

„Besonders trübe Erfahrungen macht die Industrie mit der sozialpolitischen Gesetzgebung. Das Vorgehen betreffs der Arbeitskammern bezeichnet Herr Bued als unerhört. Doch würde es sich nicht empfehlen, bittend an Reichstag oder Reichsregierung heranzutreten, auf die Einführung von Arbeitskammern zu verzichten, da an beiden Stellen die feste Absicht bestehe, das Gesetz durchzuführen. Aber mit den von der Reichstagskommission gefassten, weitgehenden sozialistischen Bestimmungen welche der Bundesrat hoffentlich dem Gesetze die Genehmigung verweigern. Diese sozialistische Richtung tritt in der Kommission für die Gewerbeordnungsnovelle noch deutlicher hervor; immer tiefere Eingriffe strebt man in die Rechte der Arbeitgeber zu machen, immer mehr wird ihre Autorität untergraben. Man redet von einer konstitutionellen Fabrik, aber wohl niemand hat dazwischen, wie sie eingerichtet sein soll. In der Reichstagskommission wird der Ausschlag von einer der kleinsten Parteien, von der Wirtschaftlichen Vereinigung gegeben, im Reichstag erfolgen. Beschlüsse von höchster Wichtigkeit für die Industrie von einer äußerst geringen Zahl von Abgeordneten, die noch dazu mangelndes Interesse und mangelndes Verständnis dokumentieren. Zufallsmajoritäten sind verschiedentlich entstanden, das ganze ein Satyrspiel! Diese Behandlung seitens der gesetzgebenden Faktoren hat — wie Bued energisch betont — in der Industrie eine wachsende Benachteiligung und eine immer tiefer gehende Erbitterung hervorgerufen. (Zurufe: Sehr richtig!) Das kam bei der letzten außerordentlich kurz beschlossenen Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller fast explosiv zum Ausdruck. Als Herr Geheimrat Kommerzienrat Vogel, einer der größten Industriellen Deutschlands, ein bis auf die Knochen königstreuer und patriotisch gesinnter Mann, mit vor Erregung bebender Stimme gesagt hatte: „Es gibt keine Industrie in der Welt, die in den letzten zwanzig oder

dreißig Jahren Opferreicher und opferwilliger gewesen ist als die deutsche (siehe Reichsarbeiter-Zeitung Nr. 7, Seite 66); es gibt keine Regierung, die weniger entgegenkommend gegen Industrie und Handel gewesen ist als die deutsche; und es gibt kein Parlament, das mit solcher Rücksichtslosigkeit gegen alles das, was Handel und Industrie betrifft, vorgeht, wie das Parlament des Deutschen Reichs —, da folgte langanhaltender frenetischer Beifall. (Sehr richtig!) Herr Bued (auch jedoch mit der Bemerkung, er habe aus verschiedenen Äußerungen von maßgebenden Stellen, die in der letzten Zeit gefallen, Anlaß zu dem Glauben, daß die Regierung doch Bedenken finde, jener sozialistischen Richtung des Reichstags weiter zu folgen, und daß bei ihr eine gewisse Gerechtigkeit vorhanden sei, die Industrie auf diesem Gebiete mehr zu berücksichtigen.“

Solche Rederei war natürlich Wasser für die Mühlen der Schlarfacher, und der Vorsitzende, Geheimrat Servas, dankte Herrn Bued unter lebhaften Bravorufen der Versammelten für seinen „lichtvollen, interessanten Vortrag“. Was von dem Tone zu halten ist, auf den diese Äußerungen gestimmt sind, brauchen wir keine Worte zu verlieren; den haben wir bei früheren Gelegenheiten schon zur Genüge besprochen. Von den beiden Resolutionen, die einstimmig angenommen wurden, können wir ebenfalls die erste, die zur Reichsfinanzreform übergehen, denn diese enthält eigentlich weiter nichts als Klagen über das mangelhafte Fortschreiten der Reform“ und am Schluß den Wunsch, daß „die Parteien des Reichstags... die Reichsfinanzreform ohne Verzögerung zu einem gebührenden Ende führen möchten“. Diese Resolution ist weder gebauert noch geföhnt. Wesentlich deutlicher treten die Wünsche und Forderungen der Schlarfacher in der zweiten Resolution hervor, die sich mit der sozialpolitischen Gesetzgebung befaßt und folgendermaßen lautet:

a) Die Errichtung von Arbeitskammern. Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller erachtet, daß die Errichtung von Arbeitskammern gemäß dem im Reichstag zur Beratung stehenden Gesetzesentwurf ihren Zweck, den sozialen Frieden herbeizuführen, nicht nur gänzlich verfehlen, sondern vielmehr zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führen werde. Der Verein spricht sich daher entschieden gegen die Errichtung solcher Arbeitskammern aus. Die obwaltenden Verhältnisse veranlassen den Verein jedoch, davon Abstand zu nehmen, sich mit der Bitte an die verbündeten Regierungen bzw. an den Reichstag zu wenden, auf die Errichtung von Arbeitskammern zu verzichten, da beide Stellen fest entschlossen sind, das Gesetz durchzuführen. Der Verein hofft jedoch, daß die verbündeten Regierungen es ablehnen werden, dem Gesetz die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen, wenn es mit den von der Kommission in erster Lesung beschlossenen, im sozialistischen Sinne wesentlich verschärften Bestimmungen vom Reichstag verabschiedet werden sollte.

b) Die Novelle zur Gewerbeordnung. Mit steigender Besorgnis sind im Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller die in der Kommission zur Vorberatung der Novelle zur Gewerbeordnung gestellten Anträge und die von ihr gefassten Beschlüsse verfolgt worden. Unverkennbar ist das Streben der Mehrheit der Kommission darauf gerichtet, durch immer tiefere Eingriffe das gute Recht des Unternehmers und Arbeitgebers, in den Grenzen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die Betriebe nach ihrem eigenen Ermessen zu regeln, immer weiter einzunengen, ihre Autorität zu schwächen und ihnen die Mittel zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung in den Betrieben zu kürzen bzw. gänzlich zu entziehen. Dabei wird ohne Rücksicht auf die große Verschiedenheit der maßgebenden Verhältnisse, neben willkürlicher Einschränkung der Arbeit, eine schematische Regelung vorgeschlagen, die von den schädlichsten Folgen begleitet sein würde. Die verbündeten Regierungen haben dieser von der Mehrheit des Reichstages seit langen Jahren verfolgten Richtung, ohne die häufig von der Industrie ausgehenden Warnungen irgend zu beachten, Vorschub geleistet. Daraus ist in der Industrie weitgehende Mißstimmung hervorgerufen und diese, stetig zunehmende Erbitterung erregt worden. Der Verein will jedoch an der Hoffnung festhalten, daß die verbündeten Regierungen endlich die verderblichen Wirkungen jener Richtung erkennen werden, durch welche die Freude an erster Arbeit und merktätigem Schaffen erstickt, das energische Streben, mit aller Kraft die deutsche Industrie zu fördern und emporzujubeln, erstickt, der Unternehmungsgeist gelähmt wird. Da nach den verfassungsmäßigen Grundlagen für seine Zusammenziehung eine bessere Erkenntnis im Reichstage nicht Platz greifen kann und wird, so erachtet der Verein es für die unabwendliche Pflicht der verbündeten Regierungen, zur Erhaltung der Industrie und der dem Gemeinwohl dienlichen Tätigkeit im Lande, der bedeutendsten Grundlage des Wohlfahrt des Staates und der Nation, sich nicht nur von jener Richtung abzuwenden, sondern ihr mit aller Schärfe entgegenzutreten und sie unschädlich zu machen.“

Diese Resolution ist ein neues typisches Zeugnis für die Geistesverfassung der Schlarfacher. Selbst der Reichstag, dieses Herzstück einer Volksoberleitung, ist den Schlarfachern noch zu revolutionär, wenn er Wiene macht, dem Unternehmertum auch nur ein wenig die Ausbeutungsfreiheit zu beneidenden. Und wie wenig ist es dem, was dieser Reichstag an Arbeiterfragen bewilligt hat, wie wenig im Vergleich zu den Forderungen, die die organisierten Arbeiter seit vielen Jahren erheben! Aber selbst das Wenige ist den Schlarfachern noch zu viel und sie setzen ihre „Hoffnungen“ auf die Referendare des Absolutismus aus den Zeiten, wo er sich noch nicht das Feigenblatt der Verfassung vorgehängt hatte. Wie groß wird nun erst das Geschrei werden, wenn es sich um ein Gesetz handelt, das dem Kapitalismus wirkliche Opfer auferlegt, solche, die sich weder durch technische Verbesserungen oder auch sonst eine Weise weismachen lassen! Übrigens brauchen die im Bundesrat vertretenen verbündeten Regierungen sich weder durch Wünsche, „Warnungen“ oder Drohungen der Schlarfacher beirren zu lassen; damit sind diese stets bei der Hand gewesen, wenn einmal etwas zugunsten der Arbeiter getan werden sollte. Nachher hat sich dann allemal herausgestellt, daß der Kapitalismus immer noch fröhlich weitergehen konnte.

Unternehmer-Terrorismus.

In der Rheinischen Zeitung (Nr. 85 vom 13. April) finden wir folgende Notiz:

Kleinliche Sache. Der Steiger Werner von der Fache Kammerei hatte im Jahre 1907 einen Steigerverband ins Leben gerufen, der auf gewerkschaftlicher Grundlage ist, befähigt ist. Das patzte den Grundbesitzern aber nicht, und Werner bekam seine Kündigung. Er ist inzwischen vom Steigerverband als Beamter angestellt worden, aber seine beiden Brüder waren noch auf derselben Fache tätig. Nun wurde auch ihnen vor einiger Zeit gekündigt, und da gegen keinen von beiden auch nur das geringste Vorlag, das vielleicht eine Kündigung rechtfertigen könnte, nimmt man allseits an, es sei das des Bruders wegen geschah. Dem Steiger Werner kann man nicht mehr beizumuten, so rächt man sich also an den Arbeitern Werner. Wirklich eine Kleinliche Sache.“

Gewerbegerichtliches.

Einbehaltener Akkordlohn. Ein Unternehmer hatte zwei Schloßern je 10 Pf. Akkordlohn abgezogen, weil bei einem früheren Akkord der Preis überschritten worden war. Die beiden Klagen vor dem Gewerbegericht zu Charlottenburg. Die verklagte Firma beantragte Abweisung der Klage. Bei den Akkorden, um die es sich handelte, seien die Preise erheblich überschritten worden. Die Kläger wären insofern schuld, als sie ihre Arbeitsstunden nicht pflichtgemäß selber in die Stundenbücher eingetragen, sondern dies dem Lohnempfänger überlassen hätten. Dieser habe unrichtige Eintragungen gemacht. Dadurch und ferner durch die unrichtige Führung der Akkordzettel sei der Firma bedeutender Schaden erwachsen. Die falschen Eintragungen seien in betragsreicher Absicht gemacht worden und es werde deshalb noch Strafwaise erlassen werden.

Die Firma wurde zur Zahlung verurteilt. In der Begründung wird unter anderem gesagt: „Nach dem Augenschein der Beklagten sind die Akkorde 2, 467, 576, 583 von ihr nach Ausführung durch die Kläger J. und K.

geprüft, abgenommen, gebilligt und bezahlt worden. Dabei kann die Beklagte jetzt nicht mehr geltend machen, daß sie durch unrichtige Eintragungen in die Stundenbücher von den Klägern arglistig getäuscht worden sei. Diese nachträgliche Erklärung der Beklagten — nach Abnahme und Billigung der Akkorde — ist mit ihrem Augenschein, daß sie die Akkorde geprüft, gebilligt, abgenommen und anerkannt habe, nicht in Einklang zu bringen. Durch Annahme der von ihr ordnungsmäßig geprägten Akkorde hat die Beklagte sich der nachträglichen Fälschung ihrer Erklärung auch wegen arglistiger Täuschung beigegeben (§ 123, 141, 144 des Bürgerlichen Gesetzbuchs). Sogar der Beklagten wäre es gewesen, Einrückungen zu treffen, daß bei ihrer Prüfung der Akkorde, vor Billigung, Abnahme und Anerkennung, die angeblich widerrechtliche Stundenverrechnung zutage getreten wäre. Insofern kann der Beklagten gegen die Kläger überhaupt kein juristischer Anspruch mehr wegen des Schadens, den die Kläger ihr bei Ausführung der Akkorde 2, 467, 576, 583 verursacht haben sollen, zugebilligt werden. Der Beklagten steht aber auch aus einem weiteren Grunde das Zurückbehaltungsrecht des § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegend nicht zu. Nach dieser Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuchs muß der Anspruch des Schuldners gegen den Gläubiger aus demselben rechtlichen Verhältnisse herrühren. Wenn also auch der Akkordvertrag als Dienstvertrag anzusehen ist, so muß doch jedem einzelnen Akkordabkommen innerhalb des Dienstvertrages eine derartige Selbständigkeit zugesprochen werden, daß, falls der Arbeitnehmer den Akkord ausgeführt und der Arbeitgeber ihn geprüft, abgenommen, gebilligt und bezahlt hat, die gegenseitigen Rechtsbeziehungen aus diesem Akkordabkommen beendet und ihre Ansprüche hieraus erloschen sind (vergleiche Wöbbling, Der Akkord- und Tarifvertrag, Seite 92/93, 137), und bei Beginn eines neuen Akkorde daselbst rechtliche Verhältnisse im Sinne des § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht mehr vorliegt. Dies liegt in der Natur des Akkordabkommens, in der Vereinbarung nach einem Anschlag, in der Bedeutung, welche bei ihm die Beziehung der Vergütung zu dem Erfolge hat (Wöbbling am angeführten Orte Seite 93), in der Abrechnung und in der Art der Vergütung. Die Übertragung von Ansprüchen aus einem befristet beendeten Akkordverhältnis auf einen anderen Akkord kann daher auch während der Dauer eines aus lauter Einzelakorden bestehenden Dienstvertrages mangels Vorliegens desselben rechtlichen Verhältnisses nicht als zulässig angesehen werden. Denn an sich unbestrittenen Lohnansprüche der Kläger gegenüber kann daher die Beklagte ihr Zurückbehaltungsrecht nicht geltend machen. Die Beklagte mußte dementsprechend zur Zahlung des zu Unrecht zurückgehaltenen Lohnes aus Akkord 802 an die Kläger verurteilt werden.“

Im Früheren vorzubringen, müssen wir zu dieser dem Reichsarbeiterblatt (1909, Heft 2) entnommenen Gewerbegerichtsentscheidung bemerken, daß diese es keineswegs unter allen Umständen für unstatthaft erklärt, bei früheren Akkorden zu viel gezahlten Lohn auf spätere Akkorde anzurechnen. Ausschlaggebend war nach unserer Meinung bei diesem Urteil, daß die Firma den überhöhten Akkord abgenommen und vorbehaltlos gebilligt hat. Wo dies nicht geschieht, oder wo gar — wie dies vielfach vorkommt — in der Arbeitsordnung die Bemerkung vorhanden ist, daß nur der Akkordpreis ausbezahlt wird und daß bei Überschreitung dieses Preises das zuviel erhaltene Geld an späteren Akkorden abgezogen wird, da wird wohl kein Gewerbegericht solche Abzüge verhindern können.

Vom Ausland.

Osterreich.

Die Spannung zwischen Osterreich und Serbien ist besetztigt. Herr v. Brentthal verläßt als Sieger den Schauplatz des diplomatischen Turniers. In wirtschaftlicher Beziehung drückt sich dieser Sieg vorerst nur dadurch aus, daß die österreichischen Kreditpapiere, die während der Konfliktzeit befehllich an Wert eingebüßt hatten, wieder einen höheren Kurs erreichen.

Diese Kurssteigerung mag auf die österreichischen Finanzleute, die auf Hauße oder Waife spekuliert hatten, einen mehr oder weniger angenehmen Eindruck machen, die Industrie braucht mehr als diese Symptome staatlicher Kreditfähigkeit. Die österreichische Industrie ist zu einem großen Teile auf einen Absatz ihrer Produkte nach dem Balkan angewiesen. Der Export von Industriewaren ist aber durch den diplomatischen Sieg um kein Jota größer geworden. Im Gegenteil; der Erfolg scheint den österreichischen Staatsmännern so sehr zu Kopfe gestiegen zu sein, daß sie nun in überhäufendem Kraftgefühl noch weniger als früher bereit sind, den Balkanländern wirtschaftliche Konzessionen zu gewähren, was allein den österreichischen Industriewarenexport wirklich fördern könnte.

Im Jahre 1908 waren die Wirkungen der Wirtschaftskrise durch das Unmengenabenteuer um ein Vielfaches vermehrt worden. Das äußerte sich auch darin, daß in diesem Jahre die Ausfuhr industrieller Produkte aus Osterreich-Ungarn beträchtlich zurückging. Während im Jahre 1907 Industriewaren im Werte von 1521,8 Millionen Kronen ausgeführt wurden, war im Jahre 1908 dieser Export auf 1405,4 Millionen Kronen zurückgegangen. Der Rückgang war vor allem eine Folge des türkischen Boykotts. Am empfindlichsten traf er die Textilindustrie, beträgt doch zum Beispiel der Ausfall bei dem Baumwollwarenexport allein rund 22 Millionen Kronen, das ist ein Drittel des vorjährigen Exports. Es litt aber auch der Export der Konfektionswaren, Damenkleider, Putzwaren, Lederwaren, Glaswaren u. s. w. Die Ausfuhr von Metallwaren weist eine Einbuße von 8,6, die der Eisenwaren von 17,7 Millionen Kronen auf.

Was den Einwirkungen des türkischen Boykotts nicht unmittelbar erlag, mußte der geschäftlichen Depression, die die Kriegesfahr im letzten Viertel des Jahres heraufbeschworen hatte, schwere Opfer entrichten. Von der Kriegesfahr hatten wohl die Waffenfabriken profitiert, aber deren Prosperität ging auf Kosten der anderen Industrien, die um so bedeutendere Einbußen erlitten. Dieses Verhältnis scheint auch jetzt noch nicht sein Ende gefunden zu haben, denn die österreichischen Waffenfabriken sind entschlossen, die Rüstungen fortzusetzen, weil sie fürchten, daß ihr Sieg von heute für eine neue Schwierigkeiten in der nächsten Zukunft stellen kann. So gelangt die geschäftliche Entwicklung nicht zu der Ruhe und Stetigkeit, deren sie bedarf.

Die österreichische Handelspolitik versperkt sich selbst den Weg nach dem Balkan. Nun die Kriegesfahr gebannt, wäre alles aufzuhoben gewesen, um das keine Serbien durch wirtschaftliche Konzessionen mit seinem Geschäft zu versöhnen. Diese Konzessionen könnten natürlich nur darin bestehen, daß Serbien die Möglichkeit geboten würde, seine Agrarprodukte in Osterreich abzusetzen. Gerade dem fest Osterreich-Unterland entgegen, denn es ist den Interessen seiner Agrarier widerstand. Die Industrie und die Arbeiterbevölkerung sind die Leidtragenden, ebenso wie das Staatsgange gefährdet ist, weil die Agrarier hier wie anderwärts nur ihr Soabereinteresse im Auge haben.

Setzt sich zwischen Osterreich und Serbien der Zollkrieg entbrannt. Die Industrie verliert Absatzmöglichkeiten, deren sie eben in der Zeit der Krise so dringend bedarf.

Der österreichische Metallarbeiter-Verband veröffentlicht seinen Rechnungsabschluss für das Jahr 1908. Sowohl die Einnahmen als die Ausgaben weisen eine erhebliche Steigerung auf. Die Einnahmen betragen im Berichtsjahr 1410401,80 Kronen, die Ausgaben 1249099,21 Kronen. Der Streifonds ist separat verzeichnet. Die Einnahmen eine Steigerung von 184466,39 Kronen aufweisen, beträgt die der Ausgaben 21126,31 Kronen. Die letzteren erhöhten sich also um vieles mehr als die ersteren. Das hatte zur Folge, daß im Berichtsjahre der Gebahrungsbetrag nicht die Höhe erreichte, wie im Vorjahre; er beträgt 167 302,69 Kronen und bleibt um 96668,92 Kronen gegen den des Jahres 1907 zurück.

Die große Steigerung der Ausgaben im Jahre 1909 ist darauf zurückzuführen, daß an die Unterhaltungsstellen bedeutende Anfordrungen gestellt wurden. An Arbeitslosenunterstützung wurden vom Metallarbeiter-Verband im Berichtsjahre 494918,27 Kronen aufgegeben, das ist um 8400,22 Kronen mehr als im Vorjahre. Die zur Aufhebung gelangte Reiseunterstützung betrug 47115,44 Kronen (Steigerung 9144,50 Kronen), Kinogeld, 19880,08 Kronen (Steigerung 6490,78 Kronen), Waisengeld, 70797,98 Kronen (Steigerung 82759,51 Kronen), Krankengeldzuschuß, 70797,98 Kronen (Steigerung 82759,51 Kronen), Krankenpflegekosten und Krankenschwestern 49845,49 Kronen. Die gesamten Unterhaltungen betrugen 40,8 Prozent, also fast die Hälfte aller verausgabten Mittel. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug ohne den Mißverhältnissen am Ende des Jahres 1909 1140758,91 Kronen.

Bei dem Umstand, daß der Mitgliederstand des Metallarbeiter-Verbandes im Berichtsjahr um 2884 zurückgegangen ist, ist der Kassenbericht, der eine weitere, wenn auch beschleunigte Defizition anzeigt, um so erschütternder. Wir dürfen wohl hoffen, daß auch der Mitgliederverlust in kurzer Zeit wieder eingebracht sein wird.

Das Gesamtbild faßt der Bericht dahin zusammen, daß er sagt: Der Mitgliederstand geht ein wenig zurück, die Ansprüche an Unterhaltungen steigen ganz enorm. Es liegt sich in diesen Tatsachen die eingetretene wirtschaftliche Depression wieder. Der österreichische Metallarbeiter-Verband verläßt indes über einen zu festen Stand an Mitteln und ist finanziell gut fundiert, als daß er derartige kleine Rückschläge nicht aushalten würde. In Kürze wird er wieder — und hoffentlich in noch rascherem Tempo als früher — die Bahn des Aufstieges beschreiten.

**England.**

Die Lage des Arbeitsmarktes fährt fort, sich langsam zu bessern. Am Ende des Februar hatten die 416 betrachteten Gewerkschaften mit einer Gesamtmitgliedschaft von 698688 im Durchschnitt 8,4 Prozent Arbeitslose gegen 8,7 Prozent am Ende des Januar. In den Eisen- und Stahlwerken war der Beschäftigungsgrad ungefähr ebenso wie am Ende des Januar. Weiblich- und Stahlfabriken waren nach wie vor stark beschäftigt; der Geschäftsgang war dort besser als im Jahre vorher. Auch im Maschinenbau ist eine leichte Besserung eingetreten. Der Prozentsatz der Arbeitslosen betrug 12,8 gegen 13,1 im Januar. Im Schiffbau waren 22,5 Prozent arbeitslos, eine Verbesserung von 0,5 Prozent im Vergleich zum Januar. Es zeigen sich jedoch Anzeichen, daß die gegenwärtige Depression beginnt, sich zu heben; auf den Werften am Clyde sind Aufträge eingegangen.

Die provisorische Vereinbarung zur Vermeidung von Streiks und Ausperrungen in der Schiffbauindustrie, deren Einzelheiten ich in meinem letzten Bericht mitgeteilt habe (Metallarbeiter-Zeitung Nr. 11, Seite 88) ist, nachdem die 18 beteiligten Gewerkschaften sie angenommen haben, von den Vertretern der Gewerkschaften und der Schiffbauunternehmerföderation am 9. März abgeschlossen worden. Eine andere Vereinbarung von nur lokaler Bedeutung, aber doch von einiger Wichtigkeit, ist zwischen der Unternehmerorganisation in der Eisenindustrie zu Gull und dem Maschinenbauerverband, dem Verband der Eisen gießer, der Huller Lokalarorganisation der Gießereien, Metallgießer, Gürtler und Kupfergießerei, der Verbände der Modellgießer, Dampfmaschinenbauer, Vereinigten Maschinenarbeiter und des Arbeiter-Verbandes (National Amalgamated Union of Labour) abgeschlossen worden. Nach dieser Vereinbarung unterlassen die Unternehmer eine angeforderte Lohnreduktion unter der Bedingung, daß die genannten Gewerkschaften sich damit einverstanden erklären, daß die jetzt bezahlten Löhne während der nächsten fünf Jahre in gleicher Höhe bleiben.

Als nächstes Angelegenheit für das Vorherrschende des Lohnes bei britischen Gewerkschaften, kommt die mit den Unternehmern zu vermeiden und das Bestreben der Unternehmer, sich wenigstens auf eine Anzahl von Jahren Ruhe zu sichern, kann man das Leiharbeitersystem betrachten, das namentlich auf den Werften der Firma Furness, Withy & Co. in Hartlepool und anderen Orten, einer der größten Schiffbauunternehmen in Großbritannien, eingeführt worden ist. Das System ist folgendermaßen: Es werden neue Aktien, sogenannte Arbeiteraktien, ausgeben, die teilweise durch fünfprozentige Lohnzuschüsse bezahlt werden, bis die ganze Summe getilgt ist. Die auf diese Weise aufgebrauchte Summe wird von der Firma mit vier Prozent verzinst. Außerdem erhalten die Inhaber einen Teil des Stimmrechts, soweit dieser fünf Prozent des Gesamtkapitals übersteigt. Die Arbeiter werden in der Direktion nicht vertreten sein, dagegen werden die Arbeiter in einem Beirat (Works' Council) ebenfalls vertreten haben wie die Firma. Der Hauptzweck dieses Anstreiches ist die Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Firma und den Arbeitern. Er soll sich mit allen Angelegenheiten beschäftigen, die zu Differenzen führen können. In den Beiratsversammlungen können außer den bei der Firma beschäftigten Arbeitern auch Beamte der Gewerkschaften gewählt werden, von denen Mitglieder bei der Firma beschäftigt sind. Streiks und Ausperrungen sind gänzlich ausgeschlossen. Wenn es dem Anstreich nicht gelingt, eine Differenz zu schlichten, so wird die Angelegenheit einem Schlichter zur Entscheidung überlassen, das was je drei Mitglieder von den Vertretern der Arbeiter und der Firma im Beiratsversammlungen einem von diesen Anstreich gewählten unabhängigen Vorsitzenden befehligt. Wenn es vorgezogen wird, kann ein auf ähnliche Weise zusammengesetztes Schlichtergericht vom britischen Arbeitsamt berufen werden. Es ist hervorzuheben, daß sämtliche Arbeiter der Firma verpflichtet sind, Aktien von der genannten Art zu nehmen. Solche, die die Arbeit bei der Firma aufgeben, müssen ihre Aktien an verbleibende Arbeiter verkaufen. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter nicht gewechselt werden können. Alle Arbeiter müssen der Gewerkschaften angehören, die für sie in Betracht kommen.

Über dieses System wurde in einer Versammlung von Vertretern der Arbeiter und der Gewerkschaften, die im nächsten Mitglieder haben, diskutiert. Ein Sprecher namens Jones, der Vorsitzende der Direktion, stellte die Vorteile der Arbeiter für einen gemeinschaftlichen Betrieb zur Verfügung. Dieses Anstreich war ohne Zweifel nur ein Versuch. Nach der Versammlung wurde das Leiharbeitersystem der Mitglieder der betreffenden Gewerkschaften unterbreitet. Unter der Voraussetzung, daß für die Arbeiter auf den Werften der Firma die Angelegenheit zu ihren Gewerkschaften verlegt werden würde, wurde das System angenommen und es ist bereits in Kraft getreten. Schon bezweifeln die meisten bekannten Gewerkschaften, daß dieses Experiment einen guten Erfolg haben wird. (Metallarbeiter-Zeitung Nr. 11, Seite 11.) Die Schlichterorganisation ist eine solche, wo der Beschäftigungsgrad sehr wichtig ist. Dies zeigt man sich aus dem wiederholt in diesem Briefe erwähnten Angaben über die Arbeitslosigkeit. Wie es möglich sein soll, die Sache mit den Beschäftigten für die Arbeiter zu regeln, wenn die Arbeiter nur geringfügig beschäftigt werden und die bei der Entlassung geringfügig sind, die Aktien an Arbeiter zu verkaufen, die gar nicht gewagt sind, sie zu übernehmen, ist nicht leicht klar. Ferner ergibt sich die Aufgabe des Schlichters nur von dem Zeitpunkt an, wenn die Angelegenheit Teile von Arbeitern und einem Anteil am Gewinn, der aber auch ausbleiben kann, doch es ist ein gutes Geschäft. Was in allem besteht die Aufgabe dieses Schlichters nicht nur die große Grundidee der betreffenden Gewerkschaften, sondern auch ein mögliches Experiment von Schlichter. Das Experiment wird von der organisierten Arbeiterkraft des Landes mit großem Interesse verfolgt; man ist nach den bisherigen Erfahrungen namentlich misstrauisch gegen Gewerkschaften dieser Art geworden.

Im Anhang sind im März zwei für die Arbeiter sehr wichtige Gesetze angekündigt worden, eines von der Regierung und des andere von einem unabhängigen Richter. Beide betreffen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes in solchen Industriezweigen, wo gleiche Arbeit bezahlt werden oder gut bei Schlichtern verhandelt werden. Diese beiden Gesetze werden wahrscheinlich verbunden werden. Sie betreffen darüber in meinem nächsten Bericht. W. S.

**Literarisches.**

(Zur Bestellung der angelegten oder besprochenen Werke wende man sich nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Den den Sozialistischen Monatsheften ist (siehe Nummer 7 des 10. Jahrganges) erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Uebol, Gerner: Proletariat und Revolution. — Eduard Bernstein: Revisionismus und Programmatik. — Paul Kampfmeyer: Ökonomische oder technologische Geschichtsauffassung? — Dr. Arthur Schulz: Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Volkswirtschaft und Volkswirtschaft. — Hans Gehlinger: Vom Gewerkschaftsrecht in den Vereinigten Staaten. — Karl Geering: Güterarbeiterschutz. — Fjodor Sologub: Der Reiten. — Hundschau. — Der Preis des einzelnen Heftes beträgt 50 Pf., im Quartal (6 bis 7 Heft) 8 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, bei allen Kolportageuren, auf jeder Postanstalt, sowie direkt vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Potsdamerstraße 121 h, Berlin W. 85. (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossener Kiste.) Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit unentgeltlich zur Verfügung.

In freien Stunden. Diese Zeitschrift ist bis zum 18. Heft erschienen. Es bringt die Fortsetzung des spannenden Romans Kenilworth von Walter Scott. Im 9. Heft begann eine längere Erzählung Trinette von dem bekannten holländischen Dichter Hermann Heijermans, der hier die Schicksale einer belgischen Arbeiterin schildert. Mit feiner, tief eindringender Kunst offenbart er die Seelenregungen dieses Proletariats, das aus der Enge des armen ländlichen Heimes hinausdrängt nach den Herrlichkeiten der Großstadt. Brüssel! Wie ein unerbittlich lodendes Mädchen ist's dem Kinde — und wie ein brutales Raubtier zeigt es sich dem halb erwachsenen Mädchen, das mit hineingerissen wird in den Strudel, aus dem es kein Entrinnen gibt. Die Erzählung ist eine Anlage, eine bittere Anlage der Gesellschaft, in der man Menschen kaufen und wegwerfen kann wie irgend eine Ware. Die verrotteten Zustände sind mit solchem Wahrheitsmut geschildert. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen und Kolportage. Probenummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der Weg zur Macht. Politische Betrachtungen über das Hineinwachsen in die Revolution. Unter diesem Titel erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, eine Broschüre aus der Feder des Genossen Karl Kautsky. Preis 1,50 M. Weinsausgabe 50 Pf. Aus dem Inhalt geben wir folgende Kapitelüberschriften wieder: Die Eroberung der politischen Macht. Die Prophezeiung der Revolution. Das Hineinwachsen in die Zukunft. Die ökonomische Entwicklung und der Wille. Weber Revolution und Gesellschaft in jedem Preis. Das Wachstum der revolutionären Elemente. Die Wüderung der Klassenengefährde. Die Verschärfung der Klassenengefährde. Ein neues Zeitalter der Revolutionen.

Wer hat Recht? Der Prinzipal oder sein Angestellter? Rechtsbuch für Prinzipale und Unterebene in Handels- und gewerblichen Betrieben. Zugleich ein Handbuch für die Vorstände der kaufmännischen und gewerblichen Schiedsgerichte. Ein Ratgeber von Rechtsanwalt R. Ulmerdorff. Fünfter Band von Im Kampf ums Dasein, Praktische Bibliothek. Verlag von Hermann Schneider Nachf., Börsen. Preis 1 M.

Die Jahrbuchausgabe in der Arbeiterbibliothek. Von Hermann Sydow, Herausgeber der Deutschen Krankentassen-Zeitung. Verlag der Deutschen Krankentassen-Zeitung, Berlin O. 2, 55 Seiten. Preis 1,25 M. — Das Kapitel Jahrbuchausgabe beschäftigt nach der rechtlichen wie nach der finanziellen Seite sehr häufig unsere Krankentassenleitungen. Auf keinem anderen Gebiet der Versicherung hat sich innerhalb des letzten Jahrzehnts so gründliche Wandel vollzogen, wie in der Frage der Jahrbuchausgabe. Die Entschärfung der Aufsichtsbefugnisse und Gerichte widersprechen einander häufig. Die alte Anschauung, daß mit dem einfachen Jahrbuch den Verpflichtungen der Kasse Genüge geschehen sei, ist haltlos geworden. Die bedingungslose Gewährung von Jahrbüchern und Jahnerfas hat vielen Kassen eine unvorhergesehene enorme Mehrbelastung gebracht. In der Frage, wie weit Jahrbuchgeber, Heilgehilfen und dergleichen beschäftigt werden dürfen, Jahrbücher gestellt werden müssen, herrscht oft große Unsicherheit. Die häufigsten Anfragen in den angebotenen Sachen, die der Deutschen Krankentassen-Zeitung zugehen, haben deren Herausgeber veranlaßt, mit der vorliegenden Schrift eine Darstellung der gesamten Materie nach ihrem derzeitigen Stande zu geben, typische behördliche Entschärfungen zusammenzustellen, die praktischen Erfahrungen und Einrichtungen einer Reihe von Kassen zu wiedergeben. Der Verfasser hofft, mit der Schrift den Kassenleitungen nicht nur eine rasche Orientierung in den einschlägigen Fragen zu bieten, sondern auch von Versuchen und Experimenten abzuhaken, die sich schon anderwärts als kostspielig oder zwecklos erwiesen haben.

Der Bibliothekar, Monatschrift für Arbeiterbibliotheken. Von dieser neu gegründeten Zeitschrift, die von Gustav Hennig in Leipzig redigiert wird, ist vor einigen Wochen die erste, 8 Seiten starke Nummer erschienen. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung vierteljährlich 50 Pf. Redaktion und Verlag befinden sich in Leipzig, Landauerstraße 19-21. — Bei allen neuen Zeitschriften und ähnlichen Unternehmungen, die der Arbeiterbewegung im allgemeinen oder auf einem Spezialgebiete dienen sollen, muß man sich vor allen Dingen fragen, ob sie wirklich geeignet sind, ihre Aufgabe zu erfüllen und ob ferner die Leser, für die sie bestimmt sind, auch über die Zeit und die Ruhe verfügen, die für die nötige Ausübung der genannten Einrichtungen notwendig sind. Der organisierte Arbeiter muß, wenn er allen Anforderungen genügen will, heutzutage unheimlich viel lesen; er braucht dazu eigentlich viel mehr Zeit, als den meisten zu diesem Zwecke zur Verfügung steht. Wenn man, wie in dem vorliegenden Falle, eine neue Zeitschrift gründet, so muß man zunächst prüfen, ob sie für ihre Leser eine neue Befreiung bedeutet oder eine Erleichterung. Wir glauben jedoch anzunehmen zu dürfen, daß bei dieser Zeitschrift das letztgenannte der Fall ist. Für die Kollegen und Genossen, zu deren Spezialaufgaben in der Arbeiterbewegung die Zeitung und Verwaltung von Bibliotheken gehört, wird die Erfüllung dieser Aufgabe von Tag zu Tag wichtiger. Sie müssen von Rechts wegen nicht nur die Literatur der Arbeiterbewegung verfolgen, sondern auch zum Teil auch die übrige Literatur. Von Tag zu Tag wird der Umfang dieser Literatur größer und die Erfüllung dieser Aufgaben schwieriger. Ferner kommen noch viele technische und organisatorische Fragen in Betracht, die auch immer komplizierter werden. Wenn man die einzelnen Bibliothekare oder Bibliothekensammlungen sich selber überlassen bleiben, so ist die unvermeidliche Folge eine große Menge falscher Anschaffungen und sonstiger Mißgriffe. In jedem Fall tritt eine große Kräfte- und Arbeitsverteilung ein, wenn nicht gar schimmert. Aus diesen Erwägungen ergibt sich ohne weiteres, daß man ein Bedürfnis nach einer Zeitschrift, die den Zweck hat, den Bewußtsein der Arbeiterbibliotheken ihre Aufgaben zu erleichtern, sehr wohl anerkennen kann. Eine solche Zeitschrift wird ihren Lesern keine neue Befreiung bringen, sondern sie nur weniger mühsamen Arbeit ermöglichen. Freilich wird es dies wesentlich davon abhängen, wie die Zeitschrift redigiert ist. Was der uns vorliegende ersten Nummer kann man sich darüber selbstverständlich noch kein abschließendes Urteil bilden. Sie beginnt mit einem Artikel, der „Nasser Programm“ betitelt ist. Daraus sollen technische und organisatorische Fragen des Bibliothekenswesens ganz besonders gründlich erörtert werden. Ferner soll die Zeitschrift einen Gesamtüberblick über das Arbeiterbibliothekenswesen in Deutschland, Österreich und der Schweiz geben. Es sollen natürlich auch Berichte über die einzelnen Bibliotheken gedruckt, Anfragen und Entwürfe veröffentlicht werden. Dies wird ohne Zweifel sehr anregend wirken und eine große Hebung der Bibliotheken zur Folge haben. Ein weiterer Punkt soll ferner für die Beiratsmitglieder von Bibliotheken und pädagogischen Angelegenheiten zur Verfügung gestellt werden, soweit dies mit dem Bibliothekenswesen zusammenhängt. Für diese verschiedenen Gebiete sind schon Mitarbeiter gewonnen worden. Das Programm ist also sehr reichhaltig und wenn es objektiv und

bei dem Ehrgeiz der Herausgeber nicht so ist die Erlaubnis dieser Zeitschrift ein sehr wertvolles Unterbreiten. Wir können nur hoffen, daß in der ersten Nummer ein recht guter Anfang zur Durchführung des Programms gemacht worden ist. Dies soll besonders in Hinblick auf den Inhalt des Jahrbuches, daß für diese monatliche Zeitschrift (sowie die Mitarbeiter) als auch die Leser zum großen Teil zu erzeugen werden müssen. Wir wünschen der neuen Zeitschrift große Verbreitung in den Interessentenzirkeln. Im Deutschen Metallarbeiter-Verband hat man dem Bibliothekenswesen schon von jeher viel Beachtung geschenkt. Darum sei diese Zeitschrift seinen zahlreichen Bibliothekverwaltungen sehr empfohlen.

**Berichtigung.**

In dem in Nr. 16 enthaltenen Artikel: „Das Krisenjahr 1908“ ist (in Spalte 2) die Annahme des Verbandes mit 1177870,78 M statt mit 11778701,78 M angegeben.

**Verbands-Anzeigen**

**Mitglieder-Versammlungen.**

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgefordert.)

**Samstag, 24. April:**

- Abend, 7 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 7 Uhr.
- Abend, 8 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 8 Uhr.
- Abend, 9 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 9 Uhr.
- Abend, 10 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 10 Uhr.
- Abend, 11 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 11 Uhr.
- Abend, 12 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 12 Uhr.

**Sonntag, 25. April:**

- Abend, 7 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 7 Uhr.
- Abend, 8 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 8 Uhr.
- Abend, 9 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 9 Uhr.
- Abend, 10 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 10 Uhr.
- Abend, 11 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 11 Uhr.
- Abend, 12 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 12 Uhr.

**Mittwoch, 28. April:**

- Abend, 7 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 7 Uhr.
- Abend, 8 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 8 Uhr.
- Abend, 9 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 9 Uhr.
- Abend, 10 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 10 Uhr.
- Abend, 11 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 11 Uhr.
- Abend, 12 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 12 Uhr.

**Donnerstag, 29. April:**

- Abend, 7 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 7 Uhr.
- Abend, 8 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 8 Uhr.
- Abend, 9 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 9 Uhr.
- Abend, 10 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 10 Uhr.
- Abend, 11 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 11 Uhr.
- Abend, 12 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 12 Uhr.

**Freitag, 30. April:**

- Abend, 7 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 7 Uhr.
- Abend, 8 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 8 Uhr.
- Abend, 9 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 9 Uhr.
- Abend, 10 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 10 Uhr.
- Abend, 11 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 11 Uhr.
- Abend, 12 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 12 Uhr.

**Samstag, 1. Mai:**

- Abend, 7 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 7 Uhr.
- Abend, 8 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 8 Uhr.
- Abend, 9 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 9 Uhr.
- Abend, 10 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 10 Uhr.
- Abend, 11 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 11 Uhr.
- Abend, 12 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 12 Uhr.

**Sonntag, 2. Mai:**

- Abend, 7 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 7 Uhr.
- Abend, 8 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 8 Uhr.
- Abend, 9 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 9 Uhr.
- Abend, 10 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 10 Uhr.
- Abend, 11 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 11 Uhr.
- Abend, 12 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 12 Uhr.

**Montag, 3. Mai:**

- Abend, 7 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 7 Uhr.
- Abend, 8 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 8 Uhr.
- Abend, 9 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 9 Uhr.
- Abend, 10 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 10 Uhr.
- Abend, 11 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 11 Uhr.
- Abend, 12 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 12 Uhr.

**Diebstahl, 4. Mai:**

Abend, 7 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 7 Uhr.

**Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.**

Abend, 8 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 8 Uhr.

Abend, 9 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 9 Uhr.

Abend, 10 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 10 Uhr.

Abend, 11 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 11 Uhr.

Abend, 12 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 12 Uhr.

Abend, 13 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 13 Uhr.

Abend, 14 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 14 Uhr.

Abend, 15 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 15 Uhr.

Abend, 16 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 16 Uhr.

Abend, 17 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 17 Uhr.

Abend, 18 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 18 Uhr.

Abend, 19 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 19 Uhr.

Abend, 20 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 20 Uhr.

Abend, 21 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 21 Uhr.

Abend, 22 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 22 Uhr.

Abend, 23 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 23 Uhr.

Abend, 24 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 24 Uhr.

Abend, 25 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 25 Uhr.

Abend, 26 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 26 Uhr.

Abend, 27 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 27 Uhr.

Abend, 28 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 28 Uhr.

Abend, 29 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 29 Uhr.

Abend, 30 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 30 Uhr.

Abend, 31 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 31 Uhr.

Abend, 32 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 32 Uhr.

Abend, 33 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 33 Uhr.

Abend, 34 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 34 Uhr.

Abend, 35 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 35 Uhr.

Abend, 36 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 36 Uhr.

Abend, 37 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 37 Uhr.

Abend, 38 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 38 Uhr.

Abend, 39 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 39 Uhr.

Abend, 40 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 40 Uhr.

Abend, 41 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 41 Uhr.

Abend, 42 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 42 Uhr.

Abend, 43 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 43 Uhr.

Abend, 44 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 44 Uhr.

Abend, 45 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 45 Uhr.

Abend, 46 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 46 Uhr.

Abend, 47 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 47 Uhr.

Abend, 48 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 48 Uhr.

Abend, 49 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 49 Uhr.

Abend, 50 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 50 Uhr.

Abend, 51 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 51 Uhr.

Abend, 52 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 52 Uhr.

Abend, 53 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 53 Uhr.

Abend, 54 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 54 Uhr.

Abend, 55 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 55 Uhr.

Abend, 56 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 56 Uhr.

Abend, 57 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 57 Uhr.

Abend, 58 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 58 Uhr.

Abend, 59 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 59 Uhr.

Abend, 60 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 60 Uhr.

Abend, 61 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 61 Uhr.

Abend, 62 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 62 Uhr.

Abend, 63 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 63 Uhr.

Abend, 64 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 64 Uhr.

Abend, 65 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 65 Uhr.

Abend, 66 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 66 Uhr.

Abend, 67 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 67 Uhr.

Abend, 68 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 68 Uhr.

Abend, 69 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 69 Uhr.

Abend, 70 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 70 Uhr.

Abend, 71 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 71 Uhr.

Abend, 72 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 72 Uhr.

Abend, 73 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 73 Uhr.

Abend, 74 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 74 Uhr.

Abend, 75 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 75 Uhr.

Abend, 76 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 76 Uhr.

Abend, 77 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 77 Uhr.

Abend, 78 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 78 Uhr.

Abend, 79 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 79 Uhr.

Abend, 80 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 80 Uhr.

Abend, 81 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 81 Uhr.

Abend, 82 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 82 Uhr.

Abend, 83 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 83 Uhr.

Abend, 84 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 84 Uhr.

Abend, 85 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 85 Uhr.

Abend, 86 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 86 Uhr.

Abend, 87 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 87 Uhr.

Abend, 88 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 88 Uhr.

Abend, 89 Uhr: J. B. K. (Kampfmeyer), 89 Uhr.